

epd medien

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Ellen Nebel

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich „epd medien“ (Druckausgabe als PDF) per E-Mail,
plus fünf Mal wöchentlich „epd medien aktuell“ (elektronisch als PDF-Datei)

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 76,75 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung
des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und
weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

17. Februar 2023 **7**

INHALT **Flaggschiff versenkt**

Wie Bertelsmann bei Gruner + Jahr abbaut / *Von René Martens* 3

Freiheit, streng definiert

Journalismus in Burundi und Ruanda / *Von Helena Kreiensiek* 5

Inland

ARD investiert ins Digitale und setzt auf Kooperationen 7

ZDF-Gründungsintendant Holzamer verschwieg NS-Vergangenheit 8

Kahlschlag bei Gruner + Jahr: Rabe äußert sich selbstkritisch 9

Whistleblower-Schutz: Bundesrat lehnt vorliegendes Gesetz ab 10

Ballettchef nach Kot-Attacke auf Journalistin suspendiert 11

ZDF behauptet Spitzenplatz bei Marktanteilen im Januar 11

Informationsbedürfnis zum Ukraine-Krieg bleibt groß 13

Weitere Inlandsmeldungen ab Seite 13

Internationales

EGMR stärkt französische Medienaufsicht im Streit mit C8 16

Indische Behörden durchsuchen Büros der BBC 16

ORF-Landesdirektor Ziegler zurückgetreten 17

Österreich: ORF verteidigt bei Verlusten TV-Marktführerschaft 17

Weitere internationale Meldungen ab Seite 18

Kritik

VOR-SICHT: „Drift - Partners in Crime“ von Trachte/Brune/Frauenhoff u.a. (Sky) 20

„Deadlines“ von Johannes Boss und Nora Gartenbrink (ZDFneo) 21

„ZDFzeit: Hitlers Macht“ / „#Hitlers Macht“ mit Mirko Drotschmann (ZDF) 22

„Die Atomkraft - Ende einer Ära?“ von Jobst Knigge (Arte/ZDF) 24

„ARD Story: Der Energieschock“ von Ulrich Bentele (ARD/RBB/NDR) 25

„Wes Alltag Antwort gäb“ von Gesche Piening (Bayern 2) 26

„Teurer Wohnen“ von Rabea Schloz und Charlotte Thielmann (RBB/Detektor.FM) 27

Dokumentation

Thesen des IÖR zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien 28

Seltenes Exemplar: Die alte weiße Frau

epd „Wo ist die alte weiße Frau?“ fragte vor zwei Jahren die „Zeit“-Redakteurin Stefanie Flamm und schilderte in ihrem Artikel die Schwierigkeit, erfolgreiche Frauen über 50 zu finden, die bereit waren, mit ihr über dieses Thema zu sprechen: wie sie als Frauen es geschafft haben, bis ins Alter erfolgreich und mächtig zu sein.

Ja, weiß der Teufel, wo die alte weiße Frau ist. Besser gesagt: Der alte weiße Mann müsste eigentlich sehr genau wissen, warum es so wenig Frauen gibt, die in seinem Alter zufrieden auf eine erfolgreiche Karriere zurückblicken können und zugleich immer noch so mächtig und einflussreich sind wie er. Denn Männer haben in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich daran gearbeitet, ältere weiße Frauen von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Da sind zum Beispiel die Fernsehredakteure, die sich vor zwei oder drei Jahrzehnten noch lautstark darüber aufregten, wenn plötzlich eine Auslandskorrespondentin in ihrem Alter auf dem Bildschirm erschien: „Wer will die Alte denn noch sehen?“, war in solchen Fällen noch ein freundlicher Kommentar. Inzwischen sagt die neue Generation der Fernsehredakteure: „Wir brauchen jüngere Gesichter, wir wollen ja auch das junge Publikum erreichen“ – und schon wundert sich kaum noch jemand darüber, dass so wenig Frauen über 50 im Fernsehen zu sehen sind. Und männliche Chefs, die sich gern damit brüsten, Frauen zu fördern, haben darunter seit jeher die Förderung von Frauen unter 35 verstanden.

Eine Studie der Universität Rostock stellte im vergangenen Jahr fest, dass der Anteil an Frauenfiguren im Film, die älter als 50 sind, stark abnimmt: In dieser Altersgruppe werden 70 Prozent der zentralen Filmrollen von Männern verkörpert.

Eine von der Journalistin Silke Burmester gemeinsam mit zahlreichen Schauspielerinnen ins Leben geru-

fene Initiative fordert jetzt mehr Sichtbarkeit und vor allem zeitgemäßere Rollenbilder für Frauen über 50. Im Fernsehen sehe sie ihre Altersgenossinnen entweder als „verbitterte, traurige Frauen, vom Mann und dem Leben enttäuscht“ oder als „fröhliche Oma auf dem Weg zu den Enkeln, die sie 'brauchen'“ schreibt Burmester. Dabei hätten die Frauen in ihrem Bekanntenkreis vielfältigere Lebensentwürfe als die Frauen in den Fernsehfilmen.

Wenn das ZDF jetzt ankündige, dass es das Geld, das es bisher in Programm für die Älteren gesteckt habe, verwenden wolle, um Programm für jüngere Menschen zu machen, sei das „dumm“, schreibt Burmester. Ein Auspielen der Alten gegen die Jungen sei das Gegenteil von dem, was die Gesellschaft brauche: „Wir brauchen das 'Wir', das Miteinander. Mehr denn je.“

Traurig genug, dass Fernsehredaktionen im Jahr 2023 allen Ernstes immer noch glauben, das konventionelle Frauenbild, das sie in ihren Freitags- oder Sonntagsproduktionen präsentieren, würde die Frauen ab 50 ansprechen. Und traurig ist auch, dass die wenigen Frauen, die mit über 50 noch auf dem Bildschirm zu sehen sind, sich häufig schier übermenschlich anstrengen, um jünger auszusehen.

Doch während wir heute für viele Formen von Diskriminierung sensibilisiert sind, ist Altersdiskriminierung – oder sollten wir besser sagen „ageism“? – geradezu gesellschaftlich anerkannt. Männer über 50, die noch ein bisschen hip sein wollen, beschreiben sich gern selbstironisch als „alte weiße Männer“. Frauen fällt diese Selbstironie etwas schwerer, weil für sie immer schon galt, dass sie ab einem gewissen Alter tunlichst aus der Öffentlichkeit verschwinden sollten. Taten sie es nicht, gab es ein Etikett für sie, das in früheren Jahrhunderten einem Todesurteil gleichkam: „Alte Hexe!“



Diemut Roether

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de, [gep-
leserservice@medienexpert.com](mailto:gep-
leserservice@medienexpert.com)

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
88,20 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.

Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax: (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: FRITSCH Druck GmbH
Heiterblickstraße 42
04347 Leipzig

Flaggschiff versenkt

Wie Bertelsmann bei Gruner + Jahr abbaut / Von René Martens

epd Manche Mitarbeiter und Aktionäre der Bertelsmann SE & Co. KGaA und andere Personen, die sich dem Mischkonzern verbunden fühlen, werden zumindest drei Sätze, die der Vorstandsvorsitzende Thomas Rabe gerade in einem Interview mit dem „Spiegel“ formuliert hat, zufrieden zur Kenntnis genommen haben: „Wir haben 2022 erstmals die Umsatzmarke von 20 Milliarden Euro überschritten, wir haben 15 Milliarden Euro Eigenkapital, so viel wie nie. Wir haben mehr Mittel denn je für Investitionen. Bertelsmann steht also extrem gut da“, sagte der Manager in der am 11. Februar erschienenen Ausgabe des Magazins.

Für jene, die das Geschehen bei Bertelsmann regelmäßig verfolgen, kamen die euphorischen Worte aus Rabes Mund nicht überraschend. Im November 2022 hatte der Konzern einen Umsatz von 14,4 Milliarden Euro für die ersten neun Monate des abgelaufenen Jahres 2022 bekanntgegeben (epd 45/22). Das sei „der bisher höchste Konzernumsatz nach neun Monaten eines Jahres“, frohlockte Rabe damals.

„Verhäkselfeln und verscherbeln“

Und man muss Bertelsmann nicht einmal nahestehen, um es auf einer übergeordneten Ebene erfreulich zu finden, dass ein Konzern, der sein Geld unter anderem mit Kultur- und Medienprodukten verdient, so viel Umsatz macht wie nie zuvor.

Alles andere als „extrem gut“, um die Worte des Bertelsmann-Vorstandschefs aufzugreifen, geht es derzeit allerdings den Mitarbeitenden von mehr als 40 Zeitschriften des Bertelsmann-Unternehmens RTL Deutschland. Am 7. Februar verkündete Rabe, der seit dem Sommer 2022 auch bei RTL Deutschland an der Spitze steht, auf einer Betriebsversammlung in Hamburg, dass die Sendergruppe 23 Magazine des alten „Gruner + Jahr“-Verlags (G+J) einstellen und rund 20 weitere verkaufen wolle (epd 6/23). Auf der vom Branchendienst „Medieninsider“ sogenannten *Kill List* stehen zahlreiche Ableger von Kernmarken (zum Beispiel „Geo Wissen“) und Ableger von Ablegern (zum Beispiel „Geo Wissen Ernährung“).

Neue Besitzer finden will RTL Deutschland unter anderem für die Zeitschriften „Business Punk“ und „Art“, seine Mehrheitsbeteiligung an der 11 Freunde Verlag GmbH & Co. KG, in der das Fußballmagazin „11 Freunde“ erscheint, und seinen 50-Prozent-Anteil an der Verlagsgruppe Deutsche Medien-Manufaktur („Landlust“, „Living at home“, „Essen & Trinken“).

Als diese Entscheidungen noch nicht verkündet, aber in wesentlichen Zügen bereits erahnbar waren, hatte der langjährige „Geo“-Chefredakteur Peter-Matthias Gaede in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ Anfang Februar bereits gewettert: „Es ist doch eine unfassbare Wertzerstörung, ausgerechnet den anerkanntesten Zeitschriftenverlag der deutschen Nachkriegsgeschichte, der fast in jedem Segment bis heute die anerkanntesten Marken hat, derart verhäkselfeln und verscherbeln zu wollen.“

Der Supermanager

epd Anfang Februar hat der Vorstandsvorsitzende von Bertelsmann, Thomas Rabe, in Hamburg angekündigt, dass der Konzern zahlreiche Zeitschriften des ehemaligen Verlagshauses Gruner + Jahr (G+J) einstellen und mindestens 500 Stellen abbauen will (epd 6/23 und Meldung in dieser Ausgabe). Rabe hatte nach der Fusion von RTL Deutschland mit G+J im August 2022 auch den Vorsitz der Geschäftsführung von RTL Deutschland übernommen (epd 33-34/22). Unser Autor René Martens fragt: Wie passt der Stellenabbau mit den Jubelmeldungen von Bertelsmann zu Gewinnen und Umsätzen in Rekordhöhe zusammen? In Hamburg werfen die Mitarbeiter von G+J Rabe vor, dass er die Digitalisierung des Zeitschriftengeschäfts verschleppt habe.

Die – wenn man so will – Verhäkselfelung des Verlags hatte bereits mit dessen Eingliederung in RTL Deutschland begonnen, die im August 2021 verkündet wurde (epd 32/21). Die Firmen der unter dem Dach von Gruner + Jahr entstandenen Gruppe Applike, die Spiele und darauf zugeschnittene Bezahlösungen entwickelt, sowie die unter anderem im Content-Marketing-Sektor aktive Firmengruppe Territory wurden ebenso aus Gruner + Jahr herausgelöst und direkt bei Bertelsmann angesiedelt wie die Spiegel-Gruppe und Anteile an der DDV Mediengruppe, zu der die „Sächsische Zeitung“, die „Dresdner Morgenpost“ und die „Chemnitzer Morgenpost“ gehören.

Die Einverleibung des Traditionsunternehmens in die Kölner Sendergruppe hatten im Hamburger Verlagshaus am Baumwall 2021 drei „Hierarchen“ vorangetrieben: der Chief Operating Officer Oliver Radtke, der Unternehmenskommunikationschef Frank Thomsen (von Mitarbeitenden in Anspielung auf seinen Heimatort mit

dem Spitznamen „Flensburger Spin-Doctor“ versehen) und der in einer Doppelrolle agierende Stephan Schäfer, zu dem Zeitpunkt bei G+J Vorstandsvorsitzender und bei RTL „Geschäftsführer Inhalte & Marken“ und noch früher multipler Chefredakteur am Baumwall.

Keine digitale Resilienz

Protest gegen die Pläne der Hierarchen flammte in der Belegschaft damals kaum auf – was zu einem Großteil den Rahmenbedingungen der Pandemie geschuldet war. Die internen Informationsveranstaltungen zur Zukunft mit RTL fanden online statt. Und beim Starren auf ein paar Kacheln spürt man, anders als bei einer Betriebsversammlung vor Ort, die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen nicht. Es entstehen keine spontanen Gespräche unter Gleichgesinnten, die Vernetzung ist schwieriger. Ein Redakteur sagte damals resigniert: „Die Pandemie hat den Hierarchen bei ihren Plänen in die Hände gespielt.“ Alle drei genannten Manager haben 2022 das Unternehmen RTL Deutschland verlassen (epd 33-34/22, 47/22).

Nachdem Thomas Rabe nun die radikalen Maßnahmen bei den früheren G+J-Titeln bekanntgemacht hatte, kristallisierte sich in der öffentlichen Debatte unter anderem folgende Frage heraus: Wer trägt die Hauptverantwortung dafür, dass der Verlag im Digitalgeschäft bisher schwächer abschneidet als die Konkurrenz? Auf der Betriebsversammlung mit Rabe sagte Christoph Kucklick, Leiter der Henri-Nannen-Schule und vorher Chefredakteur bei „Geo“, im Haus sei „viele Jahre lang systematisch verhindert“ worden, „dass digitale Resilienz aufgebaut wurde“. Mit anderen Worten: Es wurde zu wenig getan, um den Verlag an den medienstrukturellen Wandel anzupassen. Dafür sei auch die „höchste Unternehmensspitze“ verantwortlich.

Rabe sieht das natürlich anders. Man räume den Geschäftsführern der Bertelsmann-Töchter „ein hohes Maß an Autonomie ein“, sagte er dazu im „Spiegel“-Interview. Als einen Beleg dafür, dass die Hauptverantwortung für die Digitalgeschäftsmisere in Hamburg die Spitzen in Gütersloh tragen, ziehen frühere G+J-Hierarchen gern den nicht zustande gekommenen Kauf des britischen Online-Meinungsforschungsinstituts YouGov heran. Vor elf Jahren wollte der damalige G+J-Vorstandsvorsitzende Bernd Buchholz das Unternehmen erwerben. Anfang 2012 habe Thomas Rabe den Deal aber „in letzter Minute abgeschossen – nachdem er, Rabe, diesen Weg zuvor als langjähriger Bertelsmann-Finanzvorstand und G+J-Aufsichtsrat mitgetragen hatte“, wie das Branchenmagazin „Horizont“ im Sommer jenes Jahres notierte.

Das Scheitern des Kaufplans trug maßgeblich dazu bei, dass der später als FDP-Politiker und Wirtschaftsminister

in Schleswig-Holstein auf sich aufmerksam machende Buchholz Gruner + Jahr noch 2012 verließ. Den Wert von YouGov bezifferte der „Spiegel“ Ende Januar auf „eine Milliarde Euro“.

Völlig unklar ist derzeit, wie viele Personen von dem Radikalumbau in Hamburg betroffen sind. RTL Deutschland spricht von 500 Stellen, die durch die geplanten Titeleinstellungen wegfallen. Der Begriff „Stellen“ gibt allerdings keinen Aufschluss darüber, wie viele Teilzeitkräfte sich möglicherweise eine Stelle teilen.

Und wenn Thomas Rabe im „Spiegel“ davon spricht, dass man 200 Stellen „an andere Eigner“ übergebe, ist ebenfalls eine genauere Betrachtung notwendig. Erst einmal müsste ja der Verkauf aller Titel- oder Gesellschafteranteile an andere Unternehmen gelingen. Ob jene Mitarbeitenden, die derzeit auf diesen Stellen sitzen, auch nach einem gelungenen Verkauf noch ihren heutigen Job machen können, ist fraglich. Ein Unternehmen, das eine der nun angebotenen Zeitschriften kauft, plant womöglich, diese von einer in seinem Hause längst existierenden Gemeinschaftsredaktion produzieren zu lassen, die die Inhalte für mehrere Titel liefert. Diese „Befüllung“ unterschiedlicher Titel durch eine Redaktion ist längst gelebte Praxis in großen Zeitschriftenverlagen.

Die Fixierung auf Stellen lässt ohnehin außer Acht, dass bei den eingestellten Titeln ein wesentlicher Teil der Arbeit von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbracht wurde. „Bei vielen der Hefte wurden sicherlich 70 bis 80 Prozent der Texte von Freien zugeliefert, etwa bei 'Barbara'“, sagt Verena Carl, Mitglied des Verbands Freischreiber. In seinem Newsletter schreibt der Verband: „Für Scharen freier Journalistinnen und Journalisten ist der Schiffbruch des Verlagsflaggschiffs Gruner + Jahr eine echte Katastrophe.“

Der demokratische Wert

Zwar gab es, gerade von den Freischreibern, immer wieder Kritik daran, dass der Verlag die Honorare nicht erhöhte. Dennoch zahlten all die Magazine, die es nun nicht mehr geben wird oder deren Zukunft unklar ist, relativ gut. Absehbar ist, dass sich viele Betroffene es künftig nicht mehr leisten können, als Journalistin oder Journalist zu arbeiten. Auch die Perspektiven für (potenzielle) Berufseinsteiger verschlechtern sich weiter.

Es bietet sich an, den Fall Gruner + Jahr als Anlass für eine allgemeine Beschreibung der Lage der Medienbranche zu nehmen. In den vergangenen Tagen hat dies unter anderem der als Interviewpartner und Gastbeitragsautor viel gefragte Carsten Brosda getan. Der SPD-Politiker ist Senator für Kultur und Medien der Hansestadt Hamburg. Der „Süddeutschen Zeitung“ sagte

er, er habe bei den Argumenten, die RTL Deutschland für die radikalen Maßnahmen bei seinen Zeitschriften nannte, „eine grundlegende Beschreibung vermisst, wie man sich die Zukunft des Unternehmens und der Medien generell vorstellt. Was ich gehört habe, war: Wir haben jetzt ein Problem, wir müssen jetzt Kosten reduzieren und wir wollen nach der erfolgten Kostenreduktion in bestimmten Geschäftsbereichen wieder investieren, um zu digitalisieren.“ Notwendig sei jedoch ein „positives Zukunftsbild“, damit „eine Vorstellung von der Zukunft entsteht, die auch motivieren kann“.

Was Brosda hier kritisiert, trifft in ähnlicher Form auf andere Medienunternehmen zu. Auch öffentlich-rechtliche Sender fallen zurzeit durch Ankündigungen auf, einerseits Kosten zu sparen und andererseits ins Digitale zu investieren, ohne dass darin eine inhaltliche Aufbruchstimmung oder eine Bereitschaft zu journalistischen Offensiven auszumachen wäre. In einem Gastbeitrag für den „Spiegel“ unter der Überschrift „So gerät der Journalismus in Gefahr“ betonte Brosda einen anderen Aspekt: Bei journalistischen Medien gehe es „nicht um x-beliebige Waren, sondern um Güter, die ne-

ben ihrem wirtschaftlichen auch einen so bedeutenden gesellschaftlichen und demokratischen Wert besitzen, dass es gilt, ihre Verfügbarkeit unabhängig von ihren Gewinnaussichten zu sichern“.

Nun wäre es sicherlich unangebracht, allen Titeln, die RTL Deutschland einstellen oder verkaufen will, einen „bedeutenden gesellschaftlichen und demokratischen Wert“ zu attestieren. Bei Zeitschriften, bei denen TV-Prominente als Namensgeber dienten, ist dieser Wert nicht so leicht auszumachen, bei dem Magazin „Geo Epoche“ dagegen, das historische Themen attraktiv aufbereitet, liegt er auf der Hand.

Zumindest im Fall des Geschichtsmagazins, das eigentlich auch auf der langen Streichliste steht, könnte es noch zu einem Umdenken bei RTL Deutschland kommen. Thomas Rabe hatte während seiner Rede in Hamburg noch gesagt, „Geo Epoche“ sei zwar profitabel, der Titel müsse aber wegen „bestimmter Prinzipien“ eingestellt werden. Jetzt gibt es aber einen „Hoffnungsschimmer am Horizont“. Das zumindest teilte die Redaktion des „Geo“-Ablegers am 13. Februar bei Twitter mit. ■

Freiheit, streng definiert

Journalismus in Burundi und Ruanda / Von Helena Kreiensiek

epd „Die Angst – nun, wir leben einfach damit“, sagt Abbas Mbazumutima nach einem kurzen Moment des Überlegens. Der Vize-Redaktionsleiter der burundischen Wochenzeitung „Iwacu“ ist einer der wenigen Journalisten, die einwilligen, unter echtem Namen zitiert zu werden. Die meisten anderen möchten anonym bleiben, aus Angst vor Verfolgung. „Man stellt vielleicht sein Mikro auf. Aber was man hier nicht stellt, sind Fragen“, sagt Mbazumutima. Und das, obwohl nach langer Zeit die Zeichen in Burundi wieder etwas besser stehen.

Nach Jahren einer absolut repressiven Politik, vor allem gegenüber Medien, sammelte Burundis Präsident Évariste Ndayishimiye kräftig Punkte bei der internationalen Gemeinschaft, als er im vergangenen Jahr unter anderem die Verbannung der BBC und die Sperrung der „Iwacu“-Website aufhob. Fünf Jahre lang war die Seite der privaten Zeitung nicht von Burundi aus online aufrufbar gewesen. Eine symbolische Geste, wie die Organisation Reporter ohne Grenzen urteilte – und doch eine entscheidende.

„Ich habe den Eindruck, dass der Präsident Anstrengungen unternimmt, mit der Krise von 2015 abzuschließen und die Beziehungen zur Presse zu normalisieren“, sagt

Abbas Mbazumutima. „La crise“, wie die Ereignisse von 2015 oft betitelt werden, sei der Beginn einer der schwierigsten Phasen überhaupt für burundische Medien gewesen. Zu Tausenden waren vor allem junge Burunder damals auf die Straße gegangen, um gegen die als verfassungswidrig eingestufte dritte Legislaturperiode des damaligen Präsidenten Pierre Nkurunziza zu protestieren. Was folgte, war eine brutale Niederschlagung der Proteste. Ermordungen, Inhaftierungen, Folter, Entführungen: 2015 ist ein schmerzhaftes und einschneidendes Jahr im kollektiven Gedächtnis der Burunder (epd 6/16).

Vor allem Journalisten wurden verfolgt und mussten fliehen oder wurden vor Gericht gestellt, unter dem Vorwand, mit den sogenannten Putschisten kollaboriert zu haben. „Im Morgengrauen des 14. Mai 2015 waren die Truppen Nkurunzizas erst bei dem Fernsehsender Télé Renaissance, dann bei Radio Publique Africaine, danach ging es zu Bonesha FM und dann war Radio Isanganiro an der Reihe“, erzählt ein Journalist, der namentlich nicht genannt werden möchte. Vier beliebte TV- und Radiosender, die über die Proteste berichtet hatten, wurden verwüstet und in Brand gesteckt. Ein

fünfter Sender, das regierungsnahen Radio Rema FM, wurde von Demonstranten gestürmt.

Entwicklungen, die bis heute die Medienlandschaft in Burundi prägen. „Viele Journalisten sind ins Ausland geflohen. Nach Kanada, Belgien und Ruanda“, erklärt der „Iwacu“-Journalist Mbazumutima. „Die Mehrheit sitzt in Ruanda und hat von dort aus Webseiten eingerichtet.“ In diesen Medien berichten die Exiljournalisten weiter über Burundi.

Ostafrikanische Nachbarländer

epd In Burundi und Ruanda haben Reporter, die kritisch über die Regierungen berichten, einen schweren Stand. Da es nach Jahren der diplomatischen Funkstille zwischen den beiden ostafrikanischen Nachbarländern nun eine Annäherung gibt, fürchten burundische Exiljournalisten zudem um ihre Sicherheit: Viele von ihnen werden immer noch wegen angeblicher „Kollaboration mit den Putschisten von 2015“ vom burundischen Staat gesucht. Zugleich gibt es nach einer langen Zeit der harten Repression zaghafte Lockerungen für Medien in Burundi, wie unsere Autorin Helena Kreiensiek analysiert.

Einer davon ist Pierre Claver Niyonkuru. Als stellvertretender Redaktionsleiter des Radiosenders Bonesha FM war auch er Opfer der Verfolgung und floh nur wenige Tage nach der Zerstörung des Senders nach Ruanda. „Hier kannte ich ein paar Menschen“, begründet er seine Entscheidung von damals. Denn auch in Ruanda ist Pressefreiheit nur mit Einschränkungen zu genießen. Erst im Januar starb der ruandische Journalist John Williams Ntwali durch einen Verkehrsunfall. Ein Auto hatte den Journalisten gerammt, als er auf einem Motorrad in der Hauptstadt Kigali unterwegs war – so zumindest die offizielle Version. In einem Verfahren war der Fahrer des Wagens zu einer Geldstrafe von einer Million ruandischen Francs (etwa 850 Euro) verurteilt worden.

Menschenrechtsorganisationen zweifeln die Version des Verkehrsunfalls allerdings an und fordern eine unabhängige internationale Untersuchung (vgl. Meldung in dieser Ausgabe). Zu unbequem sei der Journalist gewesen, der viel über Korruption berichtete. Anschuldigungen, die Ruanda zurückgewiesen hat. Doch die Menschenrechtsbilanz des Landes sieht nicht gut aus, denn immer wieder kommen Kritiker von Langzeitpräsident Paul Kagame sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes unter verdächtigen Umständen ums Leben.

„In Ruanda gib es bestimmte Themen, die sensibel sind, bei denen man genau aufpassen muss, wie man sich ausdrückt“, sagt Niyonkuru. „Wenn man weiß, wie man nach den Regeln spielt, kann man in Ruanda seiner Arbeit als Journalist gut nachgehen.“ Doch aus genau diesem Grund zensierten sich die meisten Journalisten selbst, um von vornherein Probleme zu vermeiden. Ein Phänomen, das auch in Burundi sehr ausgeprägt sei, wie ein weiterer burundischer Journalist, der namentlich nicht genannt werden möchte, im Gespräch mit dem epd erzählt.

Nach Jahren der diplomatischen Funkstille zwischen den beiden ostafrikanischen Nachbarländern – ebenfalls ausgelöst durch die Krise von 2015 – erwärmen sich die Beziehungen zwischen Burundi und Ruanda mittlerweile langsam. Burundische Exiljournalisten befürchten nun jedoch, dass dies Auswirkungen auf ihre Sicherheit haben könnte. Viele von ihnen werden offiziell immer noch für ihre „Kollaboration mit den Putschisten von 2015“ vom burundischen Staat gesucht, Burundi fordert immer wieder die Auslieferung der „Verantwortlichen des gescheiterten Staatsstreichs“.

Noch hat Ruandas Präsident Kagame dieser Forderung nicht zugestimmt. Doch mit Blick auf die Öffnung der Grenzen zwischen den beiden Ländern und die zarte Wiederaufnahme der Beziehungen befürchten Journalisten wie Niyonkuru, dass dies irgendwann der Fall sein wird. „Allein schon mit der Grenzöffnung zwischen Ruanda und Burundi ist es nun ein Leichtes, uns in Ruanda zu verfolgen“, sagt Niyonkuru.

Medien als Feinde

Die Lockerungen des burundischen Präsidenten gegenüber verschiedenen Nachrichtensendern und Zeitungen sieht auch er sehr positiv. „Es ist an der Zeit, dass sich das Verhältnis ändert. In Burundi herrscht bei den Autoritäten immer noch das Bild, dass die Medien ihre Feinde sind“, analysiert Niyonkuru die Situation im Nachbarland. „Ich glaube schon, dass Präsident Évariste Ndayishimiye den Willen besitzt.“ Doch Fälle wie die Inhaftierung der Journalistin Floriane Irangabiye seien ernüchternd, schränkt er ein.

Die Journalistin, die von Ruanda aus über Burundi berichtete, war im August 2022 bei einem Familienbesuch in Burundi verhaftet worden, nachdem sie zuvor eine Debatte in Ruanda mit anderen kritischen Exiljournalisten moderiert hatte. Am 2. Januar war sie wegen „Untergrabung der Integrität des nationalen Territoriums“ zu zehn Jahren Gefängnis und 1.000.000 Burundischen Francs (etwa 450 Euro) verurteilt worden. Ein Urteil, das gegen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und auf ein

fares Verfahren verstoße, protestierte unter anderem die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.

Und doch auch ein Urteil, das in Burundi stillschweigend hingenommen worden ist. „Iwacu war die einzige Zeitung, die das aufgegriffen und darüber berichtet hat“, sagt Abbas Mbazumutima. Der Fall von Floriane Irangabiye sei einer, der erneut daran erinnere, welcher Willkür Medienschaffende oft ausgesetzt seien. „In den burundischen Gesetzestexten ist die Pressefreiheit verankert, aber in der Umsetzung gibt es viele Probleme“, sagt ein burundischer Journalist. Wer nach 2015 im Land geblieben sei und weiterhin kritisch berichte, sehe sich bis heute mit Einschüchterung und Verfolgung konfrontiert.

Mittlerweile gibt es in Burundi wieder zahlreiche kleine Radios, die über das Land verteilt sind. Die Mehrheit davon ist allerdings entweder regierungsnah oder beschränke sich auf bestimmte Themen wie Musik oder Religion. „Nach der Zerstörung der beliebtesten Sender im Land ist die entstandene Lücke mit lauter neuen Radios gefüllt worden. Aber es fehlt die politische Einordnung“, sagt ein Journalist. „Eine ausgewogene Berichterstattung findet nicht mehr statt. Wir befinden uns in einer Sackgasse.“ Auch vor 2015 sei nicht alles gut gewesen: „Es gab auch damals Verhaftungen, aber die Presse war um ein Vielfaches dynamischer.“

Journalistinnen wie Floriane Irangabiye und Aktivisten, die in die Mühlen der Justiz geraten, drohen lange, drastische Haftstrafen, die oft unter zweifelhaften Umständen ausgesprochen werden. So verbrachte der burundische Menschenrechtsverteidiger Tony Germain Nkina mehr als zwei Jahre hinter Gittern, bis er von dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit einer Rebellengruppe freigesprochen wurde. Mit der Öffnung des ostafrikanischen Landes gegenüber seinen Nachbarn sowie den ersten Lockerungen für die Presse gehe es jedoch in die richtige Richtung, glauben die Journalisten Mbazumutima und Niyonkuru – auch wenn sich das Jahr 2015 im Gedächtnis eingegraben hat.

Damit die Opfer, die diese Zeit nach sich gezogen hat, nicht vergessen werden, läuft auf der Website der Tageszeitung „Iwacu“ ein Ticker. Prominent am Kopf der Seite platziert, liest sich dort: „Unser Journalist Jean Bigirimana wird seit 2.394 Tagen vermisst.“ Im Innenhof des Geländes, wo jede Woche die Papierausgabe der Zeitung gedruckt wird, erinnert außerdem ein großes Wandbild an den Kollegen, der 2016 spurlos verschwand.

„Bis heute wissen wir nicht, was mit ihm passiert ist“, sagt Mbazumutima. „Sein Körper ist nie gefunden worden.“ Solange dies nicht der Fall sei und es keine Aufklärung gegeben habe, werde weiter daran erinnert. Tag für Tag – auch im Namen aller anderen verschwundenen, getöteten und inhaftierten Journalisten. ■

■ INLAND

ARD investiert ins Digitale und setzt auf Kooperationen

Umschichtung von weiteren 250 Millionen Euro – RBB soll unterstützt werden

Hannover (epd). Die ARD zieht mehr Geld aus dem linearen Fernsehprogramm ab und investiert es in digitale Angebote. Für den Zeitraum von 2025 bis 2028 seien dafür 250 Millionen Euro angesetzt, teilte der Senderverbund am 9. Februar nach der Sitzung der Intendantinnen und Intendanten in Hannover mit. Da schon bisher 150 Millionen Euro pro Jahr umgeschichtet würden, ergebe sich ab 2025 ein Betrag von mehr als 200 Millionen Euro jährlich. So könne die ARD ihren Auftrag im Digitalen noch besser erfüllen. Die Finanzmittel würden auch verwendet, um die „Möglichkeiten für Dialog und Teilhabe des Publikums“ zu stärken.

Der seit Jahresbeginn amtierende ARD-Vorsitzende Kai Gniffke sprach in einem digitalen Pressegespräch von

einer „Sitzung des Aufbruchs“, bei der ein „sehr guter Teamspirit“ zu spüren gewesen sei. Er kündigte eine „Portfoliobereinigung“ an, die bei den linearen Angeboten, aber auch bei den Social-Media-Auftritten stattfinden solle. Im April werde es dazu einen ersten Ideenaustausch geben. Dabei werde auch die kommende gesetzliche Möglichkeit genutzt, einen linearen TV-Sender zu einem digitalen Angebot zu machen, bekräftigte der SWR-Intendant Gniffke. Früheren ARD-Angaben zufolge könnte dies der Sender One sein (epd 1-2/23).

Kooperationen unter den Sendern des Verbunds werden laut ARD zum Regelfall werden, um mehr Kräfte für „journalistische Exzellenz und hohe Recherchetiefe“ zu haben. Eine Steuerungsgruppe aus elf ARD-internen Fachleuten werde sich um die Umsetzung der Reform kümmern. Vorgesehen seien „crossmediale journalistische Kompetenzzentren“, zunächst in den vier Bereichen Hörspiel, Gesundheit, Klima und Verbraucher. Bis Juni sollen erste Ergebnisse vorliegen. Erarbeitet würden etwa gemeinsame Pool-Lösungen für die Radio-Angebote und die regionalen TV-Programme. Auch bei Technik und Verwaltung werde stärker zusammengearbeitet.

Gniffke erläuterte, künftig werde nicht mehr jeder ARD-Sender jedes Format machen können: „Wir brauchen nicht zehn Gesundheitsmagazine, denn Arthrose ist in Bautzen genauso unangenehm wie in Bitburg.“ Wenn die ARD Vielfalt sichern und dabei internationale Klasse bieten wolle, müsse sie die Kräfte bündeln. „Da ist natürlich viel Mut erforderlich“, sagte Gniffke. Er verwies auch darauf, dass die ARD mit dem ZDF ein gemeinsames Streaming-Netzwerk auf den Weg gebracht habe, das fortentwickelt werde.

Der ARD-Vorsitzende würdigte die Arbeit der RBB-Intendantin Katrin Vernau, die unter sehr schwierigen Bedingungen eine „Herkulesaufgabe“ bewältigen müsse. Dafür habe es in der Intendantenrunde „großen Respekt“ gegeben. „Wir überlegen nun, wie wir dem RBB Brücken bauen können, damit wir dem Sender Aufgaben abnehmen, die er derzeit noch hat“, sagte Gniffke. Dafür müssten noch die geeigneten Wege gefunden werden. Durch den Skandal um die fristlos entlassene RBB-Intendantin Patricia Schlesinger und den Verwaltungsratsvorsitzenden Wolf Dieter Wolf war der Rundfunk Berlin Brandenburg im vergangenen Jahr in eine Führungs- und Finanzkrise geraten. Schlesinger werden unter anderem Vetterwirtschaft und Mittelverschwendung vorgeworfen (epd 32, 33-34, 35, 36, 37/22, 6/23).

Zur Diskussion über eine mögliche Erhöhung des Rundfunkbeitrags sagte Gniffke, es gebe dafür ein geregeltes Verfahren. Auch die ARD habe mit den Folgen der Inflation und mit Tarifsteigerungen zu kämpfen. Der Senderverbund werde seinen Bedarf feststellen und der zuständigen Finanzkommission KEF melden. „Dem will ich nicht vorgreifen“, sagte Gniffke. Mehrere Ministerpräsidenten hatten zuletzt eine Beitragserhöhung infrage gestellt. Die Sender müssen bis Ende April ihren Bedarf bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten anmelden.

Unterstützung für Produzenten verlängert

Die ARD teilte außerdem mit, dass sie die finanzielle Unterstützung für Produktionsfirmen vor dem Hintergrund der Pandemie verlängert hat. Bis zum 31. Dezember 2023 würden weiterhin 50 Prozent der durch Corona entstandenen Mehrkosten im Schadensfall bei Film- und Fernsehproduktionen übernommen. Zugleich werde auch die Übernahme von Kosten, die durch notwendige Hygienemaßnahmen entstehen, bis Ende des Jahres verlängert. „Wir bleiben ein solidarischer Partner der Produzenten“, sagte Gniffke. Der Ausfallfonds I des Bunds für die Produktion von Kinofilmen und High-End-Serien läuft Ende März aus. Der Ausfallfonds II für Fernsehproduktionen, den einige Bundesländer bis zum

Jahresende 2022 verlängert hatten, greift nicht mehr (epd 46/22).

NDR-Intendant Joachim Knuth gab nach der Sitzung bekannt, dass der Sender Tagesschau24 seine aktuelle Berichterstattung ab Mitte April weiter ausbauen wird. Konkret nannte er die Zeitschiene von 22.50 Uhr bis 0.30 Uhr, in der künftig auch aktuelle Sendungen zu sehen sein sollen. Die Intendantinnen und Intendanten der ARD hatten im Februar 2022 mitgeteilt, dass sie Tagesschau24 zur „ersten Adresse für die kontinuierliche Versorgung mit aktueller Information“ weiterentwickeln wollen (epd 8, 11, 16/22). Der Ausbau sieht unter anderem vor, die Live-Berichterstattung von außergeöhnlichen Nachrichtenlagen im In- und Ausland zu intensivieren. *rid*

ZDF-Gründungsintendant Holzamer verschwieg NS-Vergangenheit

Untersuchungsergebnisse veröffentlicht – Falsche Angaben zu Mitgliedschaften

Mainz (epd). ZDF-Gründungsintendant Karl Holzamer, hat falsche Angaben über seine Biografie während der NS-Zeit gemacht. Das ZDF veröffentlichte am 14. Februar die Ergebnisse einer internen Untersuchung. Demnach soll Holzamer, der von 1962 bis 1977 Intendant war, unter anderem seine zeitweilige Zugehörigkeit zur SA verschwiegen haben. Zudem hatte er angegeben, seine NSDAP-Mitgliedschaft, die den Angaben zufolge von 1937 bis 1945 bestand, 1939 selbstständig aufgelöst zu haben. Schließlich habe er sich als Reporter des damaligen Westdeutschen Rundfunks und später als Kriegsberichterstatte der Wehrmacht offenbar stärker in den Dienst der NS-Herrschaft gestellt, als er nach 1945 einräumte.

ZDF-Intendant Norbert Himmler erklärte: „Das Gesamtbild, das Karl Holzamer von sich gezeichnet hat, hält der historischen Wahrheit nicht stand.“ Seine Verstrickungen in das NS-Regime habe er teils verschwiegen und teils uminterpretiert. Himmler hob aber zugleich Holzamers Verdienste nach dem Krieg als Hochschullehrer der neu eröffneten Mainzer Universität und als erster Intendant des ZDF hervor, das in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag feiert.

Dem Sender zufolge hatte das ZDF-Archiv im Zuge der Jubiläumsvorbereitungen die Vita Holzamers überprüft, der 2007 verstarb. Dabei ergaben sich zu seinem bisher bekannten Lebenslauf Abweichungen bei den Daten zur NS-Zeit. Himmler beauftragte daraufhin die

Untersuchung, die Einordnung nahm Historiker Martin Sabrow vor.

Dieser sieht Holzamer als „Typus des pragmatischen Opportunisten“, der zur Anpassung bereit war, ohne sich die Nazi-Ideologie und den Antisemitismus gänzlich zu eigen zu machen. Holzamers Darstellung nach dem Krieg habe dem Zeitgeist entsprochen, der auf Entlastung und Verdrängung der Vergangenheit zielte, unterstrich Sabrow. Auch wenn sich Holzamer während der NS-Zeit nicht über das geforderte Maß hinaus engagierte, finden sich in seinen damaligen Texten Bestandteile des nazistischen Weltbildes. In seinem beruflichen Wirken habe Holzamer zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Nazi-Herrschaft beigetragen.

Der Lebenslauf von Karl Holzamer im Presseportal des ZDF wurde dem Sender zufolge korrigiert. Zudem sei eine TV-Dokumentation geplant, die sich mit Nachkriegskarrieren und ihren Bezügen zur NS-Zeit anhand verschiedener Beispiele befasst, hieß es. *cd*

Kahlschlag bei Gruner + Jahr: Rabe äußert sich selbstkritisch

Geschäftsführung überdenkt geplante Einstellung von „Geo Epoche“

Hamburg/Köln (epd). **Der Bertelsmann-Vorstandsvorsitzende und RTL-Chef Thomas Rabe hat sich nach der Ankündigung eines massiven Stellenabbaus beim Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr zu verpassten Chancen im Digitalgeschäft selbstkritisch geäußert. „Wir hätten mit dem 'Stern' ausgezeichnete Startbedingungen gehabt. Die haben wir nicht genutzt, das war ein strategischer Fehler“, sagte Rabe im Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Ausgabe vom 11. Februar). „Das werden wir jetzt ändern und massiv in den Ausbau von Digital Paid Content investieren.“**

Rabe hatte den Stellenabbau Anfang Februar angekündigt und zugleich Investitionen von etwa 80 Millionen Euro bis 2025 zur Weiterentwicklung der Kernmarken in Aussicht gestellt (vgl. Leitartikel in dieser Ausgabe). Das Geld soll vor allem in digitale Bezahlhalte sowie digitale Dienstleistungen fließen. 30 Millionen Euro sind demnach für das Digitalangebot „Stern Plus“ vorgesehen (epd 6/23). „Stern Plus“ soll als eigenständiges Abo bestehen bleiben, aber in die geplante „RTL Plus“-App sollen Teile der Texte von „Stern Plus“ einlaufen, wie Rabe dem „Spiegel“ sagte.

Rabe, hatte im März 2022 angekündigt, dass RTL+ in einem „One-app-all-media“-Abonnement verschiedene Bertelsmann-Medien bündeln werde „auch Musik, Hörbücher und selbstverständlich die E-Magazine von Gruner + Jahr-Titeln“ (epd 11/22). Nun räumte der Vorstandsvorsitzende Verzögerungen bei der Umsetzung dieser App ein: „Wir haben nur die technische Komplexität unterschätzt“, sagte er. Die Video-App von „RTL Plus“ erreichte nach seinen Angaben bis Ende September 2022 rund 3,7 Millionen Abonnenten. Audio-Inhalte wurden bereits in „RTL Plus“ integriert. RTL arbeitet bei Audio-Inhalten mit der Musikplattform Deezer zusammen und bietet Podcast und Audiobücher an.

Erneut verteidigte Rabe die Pläne, 23 Titel aus dem Portfolio von Gruner + Jahr einzustellen und dabei rund 500 Stellen zu streichen sowie weitere 200 Arbeitsplätze mit dem Verkauf einzelner Titel an neue Eigentümer zu übergeben. „Der Zusammenschluss von RTL und Gruner + Jahr macht unverändert Sinn, wir schaffen dadurch erheblichen Mehrwert“, sagte Rabe.

Dass der Personalabbau bei Gruner + Jahr etwas mit der Zusammenlegung mit RTL zu tun habe, sei ein Irrglaube, sagte Rabe: „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich fundamental verändert.“ Im vergangenen Jahr habe es einen Markteinbruch gegeben, Anzeigen- und Vertriebslöse seien zurückgegangen, die Kosten vor allem für Energie und Papier aber gestiegen. „Das wäre genauso passiert, wenn Gruner + Jahr nicht mit RTL zusammengegangen wäre“, sagte der RTL-Chef.

RTL Deutschland plant am Standort Köln und im Segment Zeitschriften um den Tochterverlag Gruner + Jahr in Hamburg den Abbau von insgesamt rund 1.000 Stellen bis 2025, wie das Unternehmen am 7. Februar mitgeteilt hatte. Die Bertelsmann-Tochter will sich bei den Zeitschriften nach eigenen Angaben künftig auf sogenannte Kernmarken wie „Stern“, „Capital“, „Geo“, „Brigitte“, „Gala“ und „Schöner Wohnen“ konzentrieren. Die Inhalte von „Stern“, „Capital“ und „Geo“ sollen den Kern des Digitalangebots „Stern Plus“ bilden, das weiter ausgebaut wird.

Inzwischen zeichnet sich für den von der Einstellung bedrohten Titel „Geo Epoche“ eine mögliche Wende ab. Ein Sprecher von RTL Deutschland bestätigte dem epd am 14. Februar, dass die Geschäftsführung noch einmal prüfen werden, „ob und wie es mit dem Titel 'Geo Epoche' weitergehen könnte“. Dies sei bei einer Betriebsversammlung in Hamburg zur Sprache gekommen. Die Prüfung gelte ausschließlich für „Geo Epoche“ und nicht für weitere Titel, die eingestellt werden sollen. „Aussagen zum Timing können wir aktuell nicht treffen“, sagte der Sprecher.

Die Umstrukturierung ist auch mit Veränderungen in den Chefredaktionen der „Kernmarken“ verbunden. RTL Deutschland teilte am 13. Februar mit, dass Timo Pache zum 15. Februar Chefredakteur der Wirtschaftszeitschrift „Capital“ wird. Pache ist seit 2015 stellvertretender „Capital“-Chefredakteur und folgt auf Horst von Buttlar. Dieser verlässt das Unternehmen und übernimmt die Chefredaktion der „Wirtschaftswoche“ (epd 6/23). In seiner neuen Funktion berichte Pache an Gregor Peter Schmitz, der seit dem Rücktritt der Chefredakteure von „Geo“, Jens Schröder und Markus Wolff, Vorsitzender der Chefredaktion „Stern“, „Capital“ und „Geo“ ist (epd 6/23).

Pache ist seit Sommer 2022 neben Susanne Althoff auch Ressortleiter Wirtschaft bei RTL News. Bei den Wirtschaftsmedien von Gruner + Jahr ist er seit 2004. Zunächst als Redakteur, später als leitender Redakteur im Politik-Ressort der damaligen „Financial Times Deutschland“ in Berlin. 2013 wechselte er zu „Capital“ und wirkte am Relaunch des Wirtschaftsmagazins mit.

Die Monatszeitschrift „Capital“ mit Redaktionssitz in Berlin hatte nach Angaben der Auflagenkontrolle IVW im vierten Quartal 2022 eine verkaufte Auflage von rund 116.500 Exemplaren, das waren etwa 13 Prozent weniger als fünf Jahre zuvor. RTL Deutschland hatte den Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr zum 1. Januar 2022 übernommen (epd 4/22). Die RTL Group und Gruner + Jahr gehören zum Bertelsmann-Konzern. *nbl/cd*

Whistleblower-Schutz: Bundesrat lehnt vorliegendes Gesetz ab

Eisenreich fordert „mehr Augenmaß“ – EU-Kommission verklagt Deutschland

Berlin (epd). **Der Bundesrat hat dem Gesetz zum Schutz von Whistleblowern nicht zugestimmt. Wie die Länderkammer am 10. Februar mitteilte, können nun der Bundestag oder die Regierung den Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag anrufen, um einen Kompromiss zu finden. Das Gesetz soll Hinweisgeber im beruflichen Umfeld vor Repressalien schützen, wenn sie Korruption, Betrügereien oder andere Missstände in Unternehmen oder Behörden melden.**

Der bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) sagte, man sei sich zwar einig, dass es einen Schutz für Whistleblower geben müsse und die entsprechende europäische Richtlinie umgesetzt werden müsse. Doch könnten die Länder dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Es brauche „mehr Augenmaß“. Die vom

Bundestag bereits beschlossenen Regelungen führten zu hohen Kosten und zu viel Bürokratie, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, kritisierte Eisenreich.

Der Bundestag hatte das Gesetz im Dezember beschlossen (epd 1-2/23). Damit wollte die Bundesregierung mit mehr als einem Jahr Verspätung eine 2019 in Kraft getretene EU-Richtlinie umsetzen. Das hätte eigentlich bis zum 17. Dezember 2021 erfolgen müssen. Gegen Deutschland läuft deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren. Laut Mitteilung vom 15. Februar hat die Europäische Kommission inzwischen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, daneben auch Tschechien, Estland, Spanien, Italien, Luxemburg, Ungarn und Polen.

Der Europaabgeordnete Rasmus Andresen (Grüne) begrüßte, dass die Kommission mit der Klage den Druck auf die Bundesrepublik erhöht habe. „Die unionsgeführten Länder im Bundesrat stellen sich mit ihrer Ablehnung der Whistleblower-Richtlinie auf die Seite von betrügerischen Unternehmen und Führungskräften, statt diejenigen zu schützen, die auf Missstände hinweisen“, erklärte er.

Vorgesehen war, dass Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten eine Meldestelle einrichten, wo Hinweise entgegengenommen werden – auch anonyme. Der Bund sollte demnach eine externe Meldestelle im Bundesamt für Justiz einrichten. Auch die Länder sollten eigene, externe Meldestellen einrichten können. Wendet sich eine Person an eine Hinweisstelle, sollte diese laut dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz die Identität vertraulich behandeln. Auch anonyme Meldungen sollten möglich sein. An Medien sollten sich Hinweisgeber nur unter bestimmten Voraussetzungen wenden können.

Medienorganisationen und Medienunternehmen hatten in einer Anhörung zu dem geplanten Gesetz im Bundestag kritisiert, dass das Vorhaben nicht den Erfordernissen der schutzbedürftigen Hinweisgeber und der Medienschaffenden genüge. Für potenzielle Hinweisgeber bleibe undurchsichtig, inwiefern sie sich auf den Schutz des Gesetzes verlassen könnten, kritisierten die Medienorganisationen, zu denen auch der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger gehört.

Nach Ansicht des Bündnisses müssten alle Gesetzesverstöße vom Schutz erfasst sein. Auch dass nicht anonyme Meldungen vor anonymen Anzeigen behandelt werden sollen und Dringlichkeit sowie Relevanz nachrangig seien, irritiere (epd 44, 22/22). *mey/bm/dir/mab/rid*

Ballettchef nach Kot-Attacke auf Journalistin suspendiert

FAZ-Tanzkritikerin Hüster erstattet Anzeige – Marco Goecke entschuldigt sich

Hannover (epd). **Nach der Hundekot-Attacke des Ballettdirektors Marco Goecke auf die Tanzkritikerin Wiebke Hüster hat die Staatsoper Hannover den Künstler mit sofortiger Wirkung suspendiert. Goecke habe durch seine impulsive Reaktion gegenüber der Journalistin von der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) gegen alle Verhaltensgrundsätze der Staatsoper verstoßen, erklärte das Haus am 13. Februar. Er habe die Journalistin persönlich zutiefst beleidigt „und damit das Publikum, die Mitarbeitenden des Hauses und die allgemeine Öffentlichkeit auf das Extremste verunsichert“.**

Laut Staatstheater war bei der Premiere des Tanzstückes „Glaube – Liebe – Hoffnung“ am Abend des 11. Februars ein Streit zwischen Goecke und der FAZ-Kritikerin eskaliert. Die Zeitung berichtete, Goecke habe sich der Kritikerin Hüster im Foyer in den Weg gestellt und ihr Gesicht mit Tierkot traktiert, den er aus einer Papiertüte gezogen habe. Hüster erstattete daraufhin Anzeige. Die Polizei ermittelt wegen Beleidigung und Körperverletzung. Goecke hatte erst im vergangenen Oktober den Deutschen Tanzpreis 2022 erhalten.

Das Staatstheater forderte Goecke dazu auf, sich in den nächsten Tagen umfassend zu entschuldigen und der Theaterleitung gegenüber zu erklären. „Es geht hier nicht nur um die Zukunft von Marco Goecke, sondern auch um die Zukunft des über 30-köpfigen Ballett-Ensembles, das nach Hannover gekommen ist, um mit Marco Goecke zu arbeiten“, sagte Verwaltungsdirektor Jürgen Braasch. Die Theaterleitung habe auch gegenüber jedem Ensemblemitglied eine Fürsorgepflicht.

Goecke kam der Aufforderung nach und entschuldigte sich am 14. Februar für seine „schändliche Handlung im Affekt“: „Ich bitte um Verzeihung dafür, dass mir letztlich der Kragen geplatzt ist“, erklärte er. „Ich bitte aber auch um ein gewisses Verständnis zumindest für die Gründe, aus denen dies geschehen ist.“ Die Stellungnahme ließ Goecke über seine Management-Agentur mit Sitz in Berlin verbreiten.

Die Tanzkritikerin Hüster kritisierte die Entschuldigung. „Was für eine Art von Entschuldigung soll das denn sein? Das ist eine Rechtfertigung. Wir reden hier über einen Straftatbestand, das ist Beleidigung und Körperverletzung“, sagte sie in der 3sat-Sendung „Kulturzeit“ vom 14. Februar.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) begrüßte kritische Reaktionen auf den Vorfall. „Dass sich in Hannover und weit darüber hinaus die Zivilgesellschaft und die Politik unmissverständlich hinter die Journalistin gestellt haben, macht Mut“, schrieb der Sprecher des DJV-Bundesverbandes, Henrik Zörner, am 14. Februar im Blog der Gewerkschaft. Die Reaktionen zeigten, dass Gewalt gegen Journalisten nicht gesellschaftsfähig sei. Goeckes Ausraster stehe „in einem gesellschaftlichen Kontext, der seit Jahren von immer mehr Beschimpfungen und Übergriffen auf Journalisten geprägt ist“.

Hüster bezeichnete die breite Medienreaktion auf den Vorfall als große Unterstützung: „Das ist für mich pure Solidarität. Das ist auch ein Stück Trost. Das hat mir geholfen, so schnell über den Schock wegzukommen.“ Es gehe ihr überraschend gut, betonte die Tanzkritikerin: „So schrecklich wie das war, er hat mich nicht umgeschubst und mir den Arm gebrochen, er hat auch keine Messer benutzt, sondern mir nur eine unangenehme Substanz ins Gesicht gerieben. Die habe ich abgewaschen.“ *Inb/nbl*

ZDF behauptet Spitzenplatz bei Marktanteilen im Januar

ARD-„Tatort“ aus Dresden war die erfolgreichste Sendung des Monats

Frankfurt a.M. (epd). **Das ZDF ist auch im ersten Monat des neuen Jahres der meistgesehene Sender im deutschen Fernsehen gewesen. Im Januar erreichte es einen Marktanteil von 15,5 Prozent beim Gesamtpublikum. Rang zwei ging an die Dritten Programme der ARD, die zusammengerechnet auf 13,7 Prozent kamen. Auch der dritte Platz befand sich in der Hand der Öffentlich-Rechtlichen: Die ARD kam 12,2 Prozent Marktanteil.**

Während das ZDF 0,3 und die Dritten sogar 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Januar 2022 zulegten, musste das Erste im Jahresvergleich 0,8 Prozentpunkte abgeben. Stärkster Privatsender war RTL, das beim Gesamtpublikum einen 9,5 Prozent erreichte und damit 1,6 Prozentpunkte über dem Vorjahresergebnis lag. Auf den weiteren Plätzen folgten Sat.1 mit 4,5 Prozent, Vox mit 4,3 Prozent und ProSieben mit 2,8 Prozent.

In der Zielgruppe zwischen 14 und 49 Jahren war RTL mit einem Marktanteil von 13,7 Prozent mit Abstand erfolgreichster Anbieter. Der Sender legte hier sogar 2,8 Prozentpunkte gegenüber Januar 2022 zu. Die ARD kam in dieser Altersgruppe auf 7,9 Prozent Marktanteil, das ZDF auf 7,4 Prozent und Pro Sieben auf 7,3 Prozent.

Auf den weiteren Plätzen folgte Sat.1 (6,4 Prozent) vor Vox und den Dritten, die gleichauf bei 6,0 Prozent Marktanteil lagen.

Platz eins in der Liste der meistgesehenen Sendungen ging an den „Tatort“-Folge „Totes Herz“ aus Dresden, die am 8. Januar 9,76 Millionen Zuschauer und einen Marktanteil von 29,8 Prozent erreichte. Rang zwei ging an den ZDF-Krimi „Nord Nord Mord“ vom 16. Januar mit 9,72 Millionen Zuschauern.

Ebenfalls noch über die Neun-Millionen-Marke schaffte es der „Tatort“ aus Ludwigshafen vom 22. Januar mit 9,24 Millionen Zuschauern. Auch die drei weiteren Januar-„Tatorte“ kamen noch in die Top Ten, wobei das Saarbrücker Ermittlerteam mit der Folge „Die Kälte der Erde“ vom 29. Januar mit 8,26 Millionen Zuschauern das schwächste Ergebnis erreichte.

Unter den zehn erfolgreichsten Sendungen im Januar befand sich lediglich ein Nicht-Krimi: Die ARD-„Tagesschau“ am 15. Januar lag mit 8,91 Millionen Zuschauern auf Rang fünf. Das ZDF schaffte es mit „Marie Brand und die Ehrenfrauen“ (8,45 Millionen Zuschauer) noch ein weiteres Mal in die Top Ten (Rang sechs). Die übrigen acht Sendungen liefen alle in der ARD.

Für den deutlichen Zuschauer-Zuwachs bei RTL gab es mehrere Faktoren: Reichweitenstärkste Einzelsendung beim Gesamtpublikum war „Wer wird Millionär? Die 3-Millionen-Euro-Woche“ am 6. Januar mit 4,99 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 20 Prozent.

„Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“ sahen im Schnitt 4,08 Millionen Zuschauer ab drei Jahren bei RTL (21,5 Prozent Marktanteil). Bei den 14 bis 49-Jährigen lag der Marktanteil sogar bei 33,4 Prozent. Die Nachfolgesendung „IBES – Die Stunde danach“ erreichte in dieser Altersgruppe auch noch 26,2 Prozent. Die Jubiläumsstaffel von „Deutschland sucht den Superstar (DSDS)“ startete am 14. Januar mit 20,7 Prozent bei den 14–49-Jährigen.

Meistgesehener Nachrichtensender war NTV mit einem Marktanteil von 1,1 Prozent, vor Welt und Phoenix mit jeweils 0,8 Prozent. Bei den Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren lagen NTV und Welt dagegen mit jeweils 1,1 Prozent gleichauf. Bei den Kultursendern kam 3sat mit einem Marktanteil von 1,4 Prozent knapp vor Arte mit 1,3 Prozent. koe

Die Marktanteile im Januar

Sender	01.01.2023 – 31.01.2023		01.01.2022 – 31.01.2022	
	Zuschauer gesamt	14-49 Jahre	Zuschauer gesamt	14-49 Jahre
ARD	12,2	7,9	13,0	8,4
ZDF	15,5	7,4	15,2	7,0
ARD Dritte	13,7	6,0	13,3	6,0
RTL	9,5	13,7	7,9	10,9
Sat.1	4,5	6,4	4,9	6,9
ProSieben	2,8	7,3	3,5	8,7
Kabel Eins	2,9	3,9	3,0	4,2
Vox	4,3	6,0	4,4	6,4
RTLzwei	2,4	3,6	2,5	4,2
Nitro	1,8	2,3	1,8	2,0
Super RTL	1,2	1,8	1,2	1,8
Kika	0,6	0,8	0,7	0,9
ZDFneo	2,4	1,8	2,7	2,0
3sat	1,4	0,9	1,4	0,9
Arte	1,3	0,8	1,3	1,0
WELT	0,8	1,1	0,8	1,2
N-TV	1,1	1,1	1,0	1,1
Phoenix	0,8	0,8	0,9	0,9

Anteile in Prozent - Quelle: ARD/ZDF auf Basis der GfK-Zahlen

Informationsbedürfnis zum Ukraine-Krieg bleibt groß

TV-Sender zeigen Dokumentationen zum Jahrestag des Angriffs

Frankfurt a.M. (epd). **Das Interesse der Zuschauer am Berichten über den Krieg in der Ukraine ist nach Angaben der Sender weiterhin groß. Ein ARD-Sprecher sagte dem epd, die Zuschauerzahlen der „Tagesschau“ um 20 Uhr seien im Januar 2023 im Vergleich zu den ersten vier Wochen nach Kriegsbeginn nur sehr moderat zurückgegangen – von durchschnittlich 11,59 Millionen Zuschauern auf 10,79 Millionen Zuschauer. Der Marktanteil habe sich sogar minimal von 38,8 auf 38,9 Prozent verbessert.**

Das Erste sei allerdings nach einer ersten Phase der täglichen Berichterstattung zu punktueller Sonderberichterstattung übergegangen, sagte der Sprecher.

Das ZDF teilte mit, es habe mit einem 15-minütigen „ZDF Spezial“ im Anschluss an die „Heute“-Sendung noch vor der Invasion am 22. Februar 2022 zum Thema „Putin auf Kriegskurs – Wie reagiert der Westen?“ 4,67 Millionen Zuschauer erreicht, der Marktanteil lag bei 17,3 Prozent. Das sei der beste Wert eines „ZDF Spezial“ bislang gewesen. Das „ZDF Spezial: Russische Annexion – Eskalation im Ukraine-Krieg“ vom 30. September 2022 habe einen Marktanteil von 14,5 Prozent erreicht. Dem ZDF zufolge lag die Sendung damit auf dem Niveau der Marktanteile, die im Februar 2022 verzeichnet wurden. 24 der 32 „ZDF spezial“-Sendungen liefen zwischen Februar und April 2022. Die Zahl der Zuschauer lag bei den „ZDF Spezial“-Sendungen zum Ukraine-Krieg, die in der Regel um 19.15 Uhr gesendet wurden, im Schnitt bei 3,55 Millionen, der durchschnittliche Marktanteil betrug 13,2 Prozent.

Bei RTL sei das Interesse an Sondersendungen zum Ukraine-Krieg nicht mehr ganz so hoch wie zu Beginn des Kriegs, sagte eine Sprecherin des Senders. Allerdings hätten die „NTV News Spezial“-Sendungen von April 2022 bis Januar 2023 „durchweg über Senderschnitt“ gelegen. Das RTL/NTV Trendbarometer vom Januar von Forsa belege zudem, dass der Ukraine-Krieg mit großem Abstand weiterhin das Thema sei, das die Menschen in Deutschland am meisten bewege.

Im Februar richteten die Sender anlässlich des Jahrestags des russischen Angriffs auf die Ukraine in zahlreichen Dokumentationen den Blick auf die Ukraine und den Krieg. Die ARD zeigte am 13. Februar einen Thementag. Um 20.15 Uhr lief die Reportage „Ukraine – Krieg im Leben“ von ARD-Korrespondent Vassili Golod im Ersten.

Anschließend wurde bei „Hart aber fair“ über „Putins Überfall, Europas Albtraum: Ein Jahr Krieg und kein Ende in Sicht?“ diskutiert. Am 24. Februar strahlt das Erste einen Dokumentarfilm von David Belton aus, der ein Jahr lang durch die Ukraine und in andere Länder Europas gereist ist, um mit ukrainischen Frauen zu sprechen und ihre Geschichten zu erzählen. Hinzu kommen weitere Dokumentationen im Fernsehen, in der Mediathek und in der ARD-Audiothek.

Das ZDF beschäftigt sich in einem spartenübergreifenden Programmschwerpunkt vom 15. bis 27. Februar mit dem Ukraine-Krieg. Am 15. Februar lief ein „Auslandsjournal spezial“, in dem Moderatorin Antje Pieper aus Kiew, Butsch und anderen Orten in der Ukraine berichtete. Eine Reportage der mehrfach ausgezeichneten Korrespondentin Katrin Eigendorf steht in der ZDF-Mediathek.

RTL zeigt am 23. Februar um 20.15 Uhr ein „RTL Aktuell Spezial“. „Das Informationsbedürfnis ist nach wie vor hoch“, sagte die RTL-Sprecherin dem epd. Auch Sat.1 sendet am 24. Februar um 20.10 Uhr im Anschluss an seine Hauptnachrichtensendung ein rund 20-minütiges „Ukraine Spezial. Ein Jahr Krieg in Europa“. *cd/dir*

ZDF und Partner forschen zu fairer Online-Kommunikation

Internationales Projekt soll „innovative Bausteine“ entwickeln – ARD nicht dabei

Mainz (epd). **Das ZDF will gemeinsam mit internationalen öffentlich-rechtlichen Partnern in einem Forschungsprojekt Alternativen zu US-amerikanischen Großplattformen wie Twitter oder Facebook entwickeln. „Die Demokratie lebt von einem offenen und fairen Dialog in der Gesellschaft. Das dürfen wir nicht den amerikanischen Großplattformen überlassen“, erklärte ZDF-Intendant Norbert Himmler am 8. Februar in Mainz. Partner sind die CBC aus Kanada, die SRG SSR aus der Schweiz und RTBF aus Belgien.**

Das Forschungsprojekt „Public Spaces Incubator“ entwickle und teste „innovative Bausteine für offene und respektvoll geführte Online-Diskussionen“. Im Zentrum stünden die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer, kommerzielle Aspekte spielten keine Rolle.

Für das Projekt arbeiten die vier Rundfunkhäuser mit der gemeinnützigen Organisation New_Public aus den USA zusammen, wie das ZDF mitteilte. Diese verfüge „über weitreichende Erfahrungen und Expertise in nicht-

profitorientierte digitaler Kommunikation". Mitgründer Eli Pariser ist in Deutschland als Autor des Buchs „The Filter Bubble: Wie wir im Internet entmündigt werden“ bekannt.

Initiiert wurde das Projekt von der kanadischen CBC, wie ein ZDF-Sprecher dem epd sagte. „Alle Partner arbeiten bereits in einer Vielzahl öffentlich-rechtlicher Medieninitiativen und Foren zusammen“, ergänzte er. Zum Budget sei Vertraulichkeit vereinbart worden, die Projektkosten würden untereinander aufgeteilt. Der „Public Spaces Incubator“ habe eine Laufzeit von zwei Jahren. Wann mit ersten Ergebnissen zu rechnen ist, ist nach Angaben des ZDF-Sprechers noch nicht absehbar: „Das Projekt hat gerade erst begonnen und ist ergebnisoffen, so dass zu konkreten zukünftigen Anwendungen zu diesem Zeitpunkt noch nichts gesagt werden kann.“

Die ARD beteiligt sich nicht am „Public Spaces Incubator“. Der Vorsitzende des Senderverbundes, SWR-Intendant Kai Gniffke, betonte am 9. Februar nach der Sitzung der Intendantinnen und Intendanten in Hannover, dass es sich um ein Forschungsprojekt handle. Die ARD engagiere sich stattdessen als Projektpartner bei „#UseTheNews“, sagte Gniffke.

„#UseTheNews“ wurde im Frühjahr 2020 von der Deutschen Presse-Agentur (dpa), dem Hamburger Senat, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg sowie vom Leibniz-Institut für Medienforschung (Hans-Bredow-Institut) gestartet. Das Projekt will ermitteln, wie junge Menschen mit Nachrichten umgehen. Die Ergebnisse sollen helfen, journalistische Angebote für junge Menschen und Unterrichtseinheiten für die Schulen zu entwickeln (epd 19/21). Zu den zahlreichen Partnern aus der Medienbranche gehört auch das ZDF.

nbl

Schauspielerinnen protestieren gegen überholte Rollenbilder

Initiative „Let's change the picture“ kritisiert Altersdiskriminierung

Berlin (epd). **Schauspielerinnen setzen sich für ein zeitgemäßes Bild von Frauen ab 50 Jahren ein. „Lasst uns das Altersfrauenbild in Film und Fernsehen unserer Lebensrealität anpassen“, fordert die Schauspielerin Gesine Cukrowski.**

Ins Leben gerufen wurde die Kampagne „Let's Change the picture“ von Cukrowski gemeinsam mit der Hamburger Journalistin Silke Burmester. Burmester ist Gründerin

des Online-Magazins „Palais F*luxx“, das sich an Frauen ab 47 richtet (vgl. Tagebuch in dieser Ausgabe).

Eine 2022 vorgestellte Untersuchung des Instituts für Medienforschung an der Universität Rostock belegt, dass die Präsenz von Frauen ab Mitte 30 in Filmen und Serien kontinuierlich abnimmt (epd 8/22). Laut Studie werden 70 Prozent der zentralen Filmrollen in der Altersgruppe 50plus von Männern verkörpert. „Das Fernsehen und auch das Kino verbreiten ein klischeehaftes, vor allem aber völlig unzeitgemäßes Frauenaltersbild“, kritisiert Burmester: Es habe mit den vielen Millionen Frauen, die in Deutschland älter als 50 seien, wenig zu tun.

Die Schauspielerin Eleonore Weisgerber sagte, es sei „höchste Zeit, dass sich das Bild der 'Frau über 50', über 60, 70 in Film und Fernsehen an der Realität orientiert. Wo sind die Geschichten über all die interessanten Frauen, die der nächsten Generation als Vorbild dienen können?“

Initiativen für mehr Diversität in Film und Fernsehen haben in den letzten Jahren viel bewirkt. Menschen mit Migrationsgeschichte, früher oft auf Klischeefiguren reduziert, sind heute in unterschiedlichsten Rollen zu sehen (epd 28-29/22). Auch Menschen mit Behinderung oder geschlechtlichen Identitäten, die von der Norm abweichen, werden vor der Kamera nicht länger ausgegrenzt. Burmester (57) beklagt jedoch, dass das Thema Alter und insbesondere die geringe Präsenz älterer Frauen bei den Diskussionen um Diversität regelmäßig ignoriert würden.

Die Initiative „Change the Picture“ hat zahlreiche Aussagen von Schauspielerinnen über 50 gesammelt, die das Anliegen unterstützen. Zu ihnen gehört auch Andrea Sawatzki. Die populäre Schauspielerin, die demnächst 60 wird, stellt fest: „Eine Mediengesellschaft, die gezielt Altersdiskriminierung betreibt, verspielt ihre Glaubwürdigkeit.“ Weitere Unterstützerinnen sind Barbara Auer, Maria Furtwängler, Nina Kronjäger, Jutta Speidel, Gisela Schneeberger, Esther Schweins, Valerie Niehaus und Stefanie Stappenbeck.

Burmester betont, es gehe nicht um die einzelne Schauspielerin, „die statt der heißen Geliebten heute die sanfte Oma spielt. Es geht darum, auf den Missstand aufmerksam zu machen, dass Frauen ab 47 nicht adäquat abgebildet werden.“ Die Schauspielerin Jasmin Tabatabai sagt, einige der aufregendsten und interessantesten Frauen aus ihrem Bekanntenkreis seien 47 und älter: „Sie stehen mitten im Leben, sind auf der Höhe ihres Schaffens und haben der Welt viel mitzuteilen. Es wird höchste Zeit, dass diese Lebensrealität in unseren Filmen wiedergespiegelt wird.“

tpg/dir

■ KURZ & KNAPP

Essen (epd). Der Journalist **Frank Bergmannshoff** (45) übernimmt zum 1. März für die Essener Funke Mediengruppe die Redaktionsleitung des Internetportals „**Der Westen**“. Er kommt vom Medienhaus Bauer in Marl, wo er zuletzt Leiter der Lokalredaktion der „Hertener Allgemeinen“ war, wie Funke mitteilte. Dort war er auch für regionale Paid-Content- und Reichweitenportale zuständig und koordinierte die crossmediale journalistische Arbeit. Das Portal „Der Westen“ liefert aktuelle Nachrichten mit einem Fokus auf Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet. Die Position des Redaktionsleiters wurde neu geschaffen. Bergmannshoff sagte, er verstehe sich als „Bindeglied zwischen Chefredaktion und Redaktionsteam“. Chefredakteurin der Internetportale der Funke Mediengruppe, zu denen neben der „Der Westen“ „Moin.de“, „News38“ und „Thüringen24“ gehören, ist **Bettina Steinke**.

Hamburg (epd). Die Journalistin **Barbara Hans** (41) wird neue hauptamtliche Professorin am **Hamburger Institut für Kultur- und Medienmanagement** (KMM). Die Hochschule für Musik und Theater Hamburg (HfMT) teilte mit, sie entwickle das Institut damit strategisch weiter. Hans war unter anderem Chefredakteurin von „Spiegel Online“. Als Wissenschaftlerin arbeitete sie an den Universitäten Hamburg, Sussex und an der Columbia University in New York. Der Studiengang „Kulturmanagement“ wurde 1987 an der HfMT eingerichtet, aus ihm ging im Jahr 2000 das Institut für Kultur- und Medienmanagement hervor. Mit rund 500 Studierenden in Präsenz- und Fernstudium ist es nach Angaben der

HfMT eines der größten Institute für Kultur- und Medienmanagement in Europa.

Frankfurt a.M. (epd). Der **Börsenverein des Deutschen Buchhandels** hat die Journalistin, Schriftstellerin und Kulturwissenschaftlerin **Mithu M. Sanyal** und die Buchhändlerin **Christiane Schulz-Rother** in den Stiftungsrat des Friedenspreises berufen. Die neuen Juroren folgen auf **Peter Dabrock** und **Felicita von Lovenberg**, wie der Börsenverein mitteilte. Die 1971 in Düsseldorf geborene Mithu M. Sanyal setzt sich nach Angaben des Börsenvereins insbesondere mit den Themenfeldern Gender, Race und Postkolonialismus auseinander. Für ihren 2021 veröffentlichten Debütroman „Identitti“ erhielt sie den Ernst-Bloch-Preis sowie den Literaturpreis Ruhr. Christiane Schulz-Rother, 1968 in Berlin geboren, ist seit 1992 Inhaberin der Buchhandlung Tegeler Bücherstube und weiterer vier Filialen in Berlin. Außerdem ist sie ehrenamtlich im Vorstand des Börsenvereins tätig. Der Stiftungsrat hat die Aufgabe, den oder die Friedenspreisträgerin zu wählen. Weitere Mitglieder sind: **Klaus Brinkbäumer** (Programschef MDR, Leipzig), **Raphael Gross** (Präsident Deutsches Historisches Museum, Berlin), **Moritz Helmstaedter** (Direktor Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Frankfurt am Main), **Nadja Kneissler** (Vorstandsmitglied des Börsenvereins, Hamburg), **Ethel Matala de Mazza** (Humboldt-Universität zu Berlin) und die Journalistin **Bascha Mika** (Potsdam). Vorsitzende des Stiftungsrates ist die Mainzer Verlegerin **Karin Schmidt-Friderichs**, die seit Oktober 2019 Vorsteherin des Börsenvereins ist und damit qua Amt den Vorsitz innehat

Hannover/Gelnhausen (epd). Die Regionalzeitung „**Gelnhäuser Neue Zeitung**“ (GNZ) vermarktet ihre Online-Angebote künftig auf der digitalen Plattform „**Oneplatform**“ des „**Redaktionsnetzwerks Deutschland**“ (RND). Damit ist die GNZ nach der „Siegener Zeitung“, der „Oberhessischen Presse“ und der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“ die vierte Regionalzeitung auf der Plattform, wie die Madsack Mediengruppe mitteilte. Die GNZ kooperiert bereits seit 2016 mit dem RND, das unter anderem journalistische Inhalte für die Mantelseiten liefert. Die Partnerschaft über die RND-Plattform im Internet ermögliche auch kleinen Verlagen die Transformation der Tageszeitung in ein wirtschaftliches Digitalgeschäft, erklärte GNZ-Verleger Oliver Naumann. Das RND verzeichnet mit seinen digitalen Angeboten nach eigenen Angaben monatlich 87 Millionen Visits.

Berlin (epd). Gut die Hälfte der **Kinder zwischen vier und sechs Jahren** (52 Prozent) verbringt unter der Woche mehr als eine halbe Stunde täglich vor dem Fernseher, einem Laptop oder anderen digitalen Geräten. Am Wochenende sind es sogar 77 Prozent, wie aus einer neuen Familienstudie der **AOK** hervorgeht. Der tägliche Medienkonsum von Kindern dieser Altersgruppe sollte nach Expertenmeinung eine halbe Stunde nicht überschreiten, wie die Krankenkasse hinzufügte. Laut der Studie begrenzen Eltern die Bildschirmzeiten ihrer Kinder nicht mehr so stark wie vor vier Jahren. Gaben 2018 noch 86 Prozent der Eltern an, ihren Kindern bis zum 14. Lebensjahr bei der Mediennutzung Grenzen zu setzen, waren es 2022 nur 76 Prozent. Für die Studie wurden 8.500 Mütter und Väter von 4- bis 14-jährigen Kindern befragt.

■ INTERNATIONALES

EGMR stärkt französische Medienaufsicht im Streit mit C8

Werbeverbot und Geldstrafe wegen Aussagen von Moderator Hanouna rechtens

Straßburg (epd). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die französische Medienaufsicht CSA in der Auseinandersetzung mit dem französischen Privatsender C8 gestärkt. Die von der Medienaufsicht wegen Äußerungen des Moderators Cyril Hanouna in der Sendung „Touche pas à mon poste“ verhängten Strafen verstießen nicht gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Meinungsfreiheit, befand das Gericht am 9. Februar in Straßburg. (AZ: 58951/18 und 1308/19)

So seien die umstrittenen Inhalte der Sendung ausschließlich unterhaltungsorientiert. Einziges Ziel sei es, eine möglichst große Zuschauerschaft für den Werbege Gewinn zu erreichen, erklärte der EGMR. Zudem habe die Medienaufsicht mit einem vorübergehenden Werbeverbot und einer Geldstrafe aus einem großen Spielraum an Sanktionsmöglichkeiten gewählt, um die Rechte Dritter zu schützen. Das Gericht habe deshalb „keinen Grund gesehen, von der Bewertung der Aufsichtsbehörde abzuweichen“, hieß es in der Entscheidung.

Die Kammer ging insbesondere auf zwei Fälle ein: In einem hatte Hanouna die Hände einer Nebenmoderatorin, deren Augen verbunden waren, an Körperteile von sich geführt; sie sollte raten, welche das seien (epd 5/23). Dabei führte er ihre Hände auch in seinen Schritt. In dem obszönen Spiel und in schlüpfrigen Kommentaren sei ein negatives und stigmatisierendes Klischee von Frauen bedient worden, befanden die Richter. In einem anderen Fall, einem Telefon-Streich, habe Hanouna ein negatives und stigmatisierendes Stereotyp von homosexuellen Menschen entworfen.

Insgesamt kamen die Richter zu der Auffassung, dass die Inhalte keine Information, Meinung oder Idee vermittelt und auch nicht zu einer öffentlichen Debatte beigetragen hätten. Stattdessen hätten sie Frauen und Homosexuelle stigmatisiert, was insbesondere jüngere Zuschauer beeinflussen könne. Unter anderem deshalb werteten die Richter zwei vom CSA gegen den Sender C8 verhängte Strafen als verhältnismäßig.

Der CSA hatte im Juni 2017 als Sanktion zunächst ein zweiwöchiges Werbeverbot in „Touche pas à mon poste“ (sinngemäß: „Rühr meinen TV-Sender nicht an“) sowie 15 Minuten vor und 15 Minuten nach der

Sendung verhängt. Im Juli desselben Jahres folgte eine Geldstrafe in Höhe von drei Millionen Euro. C8 ist Teil der Canal-Plus-Gruppe, die ihrerseits zum internationalen Medienkonzern Vivendi gehört. *cd*

Indische Behörden durchsuchen Büros der BBC

Sender hatte kritische Dokumentation über Staatschef Modi ausgestrahlt

Neu-Delhi (epd). In Indien sind am 14. Februar Räume des britischen Senders BBC durchsucht worden. Wie der Sender auf Twitter mitteilte, verschafften sich Ermittler der Steuerbehörden Zugang zu den BBC-Büros in Neu-Delhi und Mumbai. Wenige Wochen zuvor hatte die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt eine kritische Dokumentation über den indischen Premierminister Narendra Modi ausgestrahlt. Menschenrechtler sprachen von einem Schlag gegen die Meinungsfreiheit.

Laut einem BBC-Bericht behandelt die Dokumentation unter anderem die Rolle Modis bei den religiösen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen 2002 im Bundesstaat Gujarat. Mehr als 1.000 Menschen wurden während der Ausschreitungen grausam ermordet, die meisten von ihnen Muslime. Modi wird beschuldigt, als Regierungschef Gujarats nicht eingegriffen zu haben, um die Gewalt zu stoppen. Die Dokumentation greift einen bisher unveröffentlichten Bericht des britischen Außenministeriums auf, wonach Modi durch die Schaffung eines Klimas der Straflosigkeit mit zu der Gewalt beigetragen habe. Von der indischen Regierung wurde die Dokumentation laut Medienberichten scharf kritisiert.

Ein Mitarbeiter der Steuerbehörden bestätigte gegenüber der Zeitung „Hindustan Times“, dass Beamte im BBC-Büro in Neu-Delhi gewesen seien. Er sprach dabei nicht von einer Razzia. Es handele sich um eine Untersuchung, sagte er. Amnesty International kritisierte die Durchsuchungen scharf. Diese seien ein schwerer Schlag gegen die Meinungsfreiheit, sagte der Vorsitzende der indischen Amnesty-Sektion, Aakar Patel. Die Behörden versuchten, den Sender wegen seiner kritischen Berichterstattung über die regierende BJP-Partei einzuschüchtern.

Seit dem Amtsantritt der hindu-nationalistischen Regierung unter Ministerpräsident Modi im Jahr 2014 wurde der Druck auf Regierungskritiker verstärkt. Unter anderem wurden Organisationen, darunter etwa Amnesty International und Oxfam, strenge Auflagen zur Finan-

zierung aus dem Ausland gemacht. Die Reporter ohne Grenzen prangert an, dass kritische Medienschaffende häufig mit Strafverfolgung mundtot gemacht würden. Auf der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation steht Indien derzeit auf Platz 150 von 180 Staaten. *moe*

ORF-Landesdirektor Ziegler zurückgetreten

Journalist soll ÖVP-freundliche Berichterstattung gefordert haben

Wien (epd). Der ORF-Landesdirektor für Niederösterreich, Robert Ziegler, hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Wie der ORF am 3. Februar mitteilte, nahm ORF-Generaldirektor Roland Weißmann ein Rücktrittsangebot Zieglers an. Zuvor hatte Weißmann eine Evaluierungs-Kommission eingesetzt. Das Gremium sollte Vorwürfe aufklären, wonach Ziegler die Redaktion angewiesen haben soll, viel über die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu berichten.

Ziegler (57) war seit dem 1. Januar 2022 Landesdirektor des ORF Niederösterreich. Zuvor war er von 2015 bis 2021 Chefredakteur im Landesstudio Niederösterreich. Der österreichische „Standard“ und andere Medien hatten im Dezember 2022 berichtet, dass Ziegler gefordert habe, O-Töne von ÖVP-Politikern für Beiträge einzuholen. Auch soll er Redaktionsmitglieder angewiesen haben, Politiker anderer Parteien in Beiträgen nach hinten zu reihen oder diese nicht aktiv anzufragen.

Als Chefredakteur habe Ziegler „viele sehr konkrete Hinweise an seine Redaktion“ gegeben, berichtete der „Standard“: „Häufig im Sinne der Landeshauptfrau und der ÖVP Niederösterreich, oft auch im Sinne landesnaher Unternehmen und Kooperationspartner des Landesstudios.“ Im Studio sei Ziegler hinter vorgehaltener Hand „Kommunikationslandesrat“ genannt worden.

So habe der Chefredakteur häufig festgelegt, wer in der Berichterstattung über Termine der Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zu Wort kommen solle. Dies widerspricht dem Redaktionsstatut des ORF. Der Redaktionsratsvorsitzende Dieter Bormann sagte dem „Standard“: „Ressortleiter oder Chefredakteure können natürlich gute Tipps geben. Wer aber interviewt wird, das ist ausschließlich Sache der Redakteurin oder des Redakteurs. Da darf niemand dreinreden.“

Ziegler hatte dem „Standard“ gesagt, er könne sich nicht an solche Vorgaben erinnern: „Wer angefragt wird, ist Sache des/der jeweiligen Redakteurs/in - im Austausch

mit dem jeweiligen CvD (Chef vom Dienst) und auch dem CR (Chefredakteur).“

Die von Weißmann eingesetzte Kommission sollte ihren Bericht am 6. Februar übergeben. Das Ergebnis des Berichts wurde nicht veröffentlicht und wird vom ORF als vertraulich eingestuft. Laut „Standard“ fand die Kommission die Vorwürfe erhärtet, von denen der „Standard“ und andere Medien berichtet hatten.

Weißmann sagte, Ziegler habe ihm „unabhängig vom Ergebnis des Berichts“ angeboten, seine Funktion zur Verfügung zu stellen, „um weiteren Schaden vom Landesstudio Niederösterreich und vom ORF abzuwenden“. Dies sei ein „verantwortungsvoller Schritt zum Wohle des Unternehmens, der mir Respekt abringt“. Bis ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gefunden sei, übernehme Radio-Direktorin Ingrid Thurnher interimistisch die Leitung des Landesstudios Niederösterreich.

Ziegler sagte, „die massive mediale Berichterstattung und die dadurch entstandene Belastung“ hätten ein Ausmaß erreicht, das es ihm unmöglich mache, mit voller Kraft die Funktion des Landesdirektors auszuüben. „Das Band des Vertrauens ist zerrissen“, sagte Ziegler: „einer Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mir gegenüber und umgekehrt“. Besonders habe ihn geschmerzt, „wie die Vorwürfe öffentlich gemacht wurden - anonym über mehrere Zeitungen“. Offensichtlich seien über Jahre Informationen gesammelt worden, „um sie zu gegebener Zeit gegen mich zu verwenden“.

Der ORF berichtete in eigener Sache am 3. Februar, Ziegler trete jetzt einen Urlaub an und werde danach mit Generaldirektor Weißmann seine weiteren beruflichen Schritte klären. *dir*

Österreich: ORF verteidigt bei Verlusten TV-Marktführerschaft

Fußball-WM und Wintersport besonders beliebt - Deutsche Sender gewinnen

Wien (epd). Der ORF hat auch im Jahr 2022 seine TV-Marktführerschaft in Österreich verteidigt. Die öffentliche-rechtliche Sendeanstalt verzeichnete aber Einbußen und erreichte nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Teletest insgesamt einen Marktanteil von 34,6 Prozent.

Für die Sendergruppe, zu der neben den Hauptkanälen ORF1 und ORF2 die Spartenkanäle ORF III Kultur und Information und ORF Sport+ gehören, war das ein Rückgang um 0,9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021.

Die durchschnittliche Fernsehnutzungszeit in Österreich sank um 17 Minuten auf 186 Minuten.

Sportprogramme auf ORF1 machten im Sportjahr 2022 sechs der Top-10-Programme aus. Dabei dominierten die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar mit drei Programmen und der alpine Wintersport ebenfalls mit drei Sendungen. Meist gesehenes Programm 2022 war das Elfmeterschießen des WM-Finales Argentinien-Frankreich am 18. Dezember mit 2,08 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 62 Prozent. Auf Platz sechs kam das Elfmeterschießen des WM-Viertelfinales Argentinien-Niederlande am 9. Dezember mit 1,22 Millionen Zuschauern (Marktanteil: 49 Prozent).

In Österreich wurden alle 64 WM-Spiele gesendet, obwohl das österreichische Team nicht qualifiziert war. Davon liefen 39 Spiele auf ORF 1 und erstmals 25 Spiele auf dem kommerziellen Sender Servus TV, der Sublizenznehmer war.

Auf dem vierten Platz lag der Slalom der Herren am 25. Januar in Schladming mit 1,34 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 40 Prozent vor dem Abfahrtsrennen der Herren in Kitzbühel am 23. Januar mit 1,34 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 63 Prozent auf Platz fünf.

Informationsprogramme auf ORF2 machten drei der Top-10-Programme aus. Auf Platz zwei lag die Nachrichtensendung „Zeit im Bild“ am 17. Januar um 19.30 Uhr, die parallel auf ORF1 und ORF2 ausgestrahlt wurde. Sie sahen insgesamt 1,88 Millionen Zuschauer bei einem Marktanteil von 58 Prozent. Auf Platz drei lag die Informationssendung „Bundesland heute“ um 19 Uhr ebenfalls am 17. Januar mit 1,68 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 60 Prozent. Am Tag zuvor hatte die österreichische Regierung einen überarbeiteten Gesetzesentwurf für eine allgemeine Corona-Impfpflicht vorgelegt.

Einziges Unterhaltungsprogramm unter den Top 10 war das Neujahrskonzert mit Daniel Barenboim (zweiter Teil) am 1. Januar mit 1,22 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 59 Prozent auf ORF2 (Platz sieben). Marktführer bei den Einzelsendern blieb ORF2 mit einem Marktanteil von 22,1 Prozent, ein Minus um 0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Der von Sport maßgeblich geprägte Sender ORF1 erreichte 9,8 Prozent, ein Verlust von 0,4 Prozentpunkten.

Die vier größten privaten Fernsehsender erreichten zusammen 11,0 Prozent Marktanteil. Die Führung baute dabei der zur Red Bull Media House GmbH gehörende Salzburger Sender Servus TV aus. Er kam auf 4,3 Prozent Marktanteil, ein Zuwachs von 0,6 Prozentpunkten

und erreichte damit das bisher erfolgreichste Jahr in der Sendergeschichte. Meistgesehenes Programm war dort am 13. Dezember das Fußball-WM-Halbfinalspiel Argentinien-Kroatien in Katar (zweiter Halbzeit) mit 1,06 Millionen Zuschauern und 34 Prozent Marktanteil.

Verluste mussten die beiden zu ProSiebenSat.1 gehörenden Sender Puls4 und ATV hinnehmen. Puls4 erreichte einen Marktanteil von 2,9 Prozent (minus 0,2) und ATV 2,8 Prozent (minus 0,2). Meistgesehenes Programm auf ATV war die Kuppelshow „Bauer sucht Frau“ mit Moderatorin Arabella Kiesbauer. Der dritte ProSiebenSat.1-Sender ATV 2 erreichte erneut einen Marktanteil von 1,0 Prozent.

Gewinne erzielten 2022 insgesamt die deutschen Fernsehsender in Österreich. Die offiziell gelisteten 18 deutschen Sender erreichten einen Marktanteil von 32,4 Prozent Marktanteil (plus 0,2). Die sieben Sender von ProSiebenSat.1 Media kamen zusammen auf 10,5 Prozent (minus 0,5) und die sieben Sender der RTL Group auf insgesamt 13,0 Prozent (plus 0,4). Vox lag dabei mit 3,5 Prozent (plus 0,3) vor RTL mit 3,0 Prozent (minus 0,1), Sat.1 mit 2,6 Prozent (minus 0,1) und ProSieben mit 2,4 Prozent (minus 0,3).

Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern kam das ZDF auf 4,1 Prozent Marktanteil (plus 0,2). Das Erste erzielte 3,1 Prozent (plus 0,1), 3sat lag erneut bei 1,4 Prozent. Die sonstigen Sender kamen zusammen auf einen Marktanteil von 25,4 Prozent, ein Plus von 0,7 Prozentpunkten. Dabei wurden zwei Informationssender gelistet: Puls 24, 2019 von der ProSiebenSat.1 gegründet, mit 0,7 Prozent Marktanteil (plus 0,1) und oe24.tv, 2016 vom österreichischen Medienunternehmer Wolfgang Fellner gegründet, mit 1,1 Prozent Marktanteil (minus 0,1). ebe

Israel: Neue rechte Regierung stellt Rundfunkreform zurück

Kommunikationsminister Karhi hatte deutliche Budgetkürzungen angekündigt

Jerusalem (epd). In Israel ist die geplante deutliche Budgetkürzung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk IPBC (Israeli Public Broadcasting Corporation) zunächst auf Eis gelegt worden. Die neue rechtsgerichtete Regierungskoalition erklärte am 2. Februar, sie wolle sich derzeit „mit allen Kräften“ auf die Justizreform konzentrieren.

Mit dieser Reform soll die Mehrheit des israelischen Parlaments, mindestens 61 von 120 Abgeordneten, künftig Entscheidungen des Obersten Gerichts überstimmen

können. Sowohl die Rundfunkkürzungen als auch die Justizreform sind hoch umstritten.

Regierungschef in Israel ist seit Ende 2022 erneut der Vorsitzende der national-konservativen Likud-Partei, Benjamin Netanjahu. In seiner Sechs-Parten-Koalition arbeitet der 73-Jährige mit ultrareligiösen und ultrarechtsgerichteten Parteien zusammen. Der neue Kommunikationsminister Shlomo Karhi (Likud) hatte im Januar erklärt: "Im Staat Israel gibt es keinen Platz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Hindernisse werden beseitigt, und der Markt wird für den Wettbewerb geöffnet werden." Das IPBC-Budget werde bald um Hunderte Millionen Schekel verringert. Ein Euro entspricht 3,71 Schekel, das Jahresbudget von IPBC beträgt umgerechnet 202 Millionen Euro.

„Heute gehen diese Hunderte Millionen an einen einzigen Player im Markt und blockieren den ganzen Wettbewerb“, so Karhi. Der Minister kündigte zudem an, die „Zweite Behörde für Fernsehen und Radio“ und den „Kabel- und Satelliten-Rundfunkrat“ – die Aufsichts- und Regulierungsgremien für den kommerziellen Rundfunk – abzuschaffen. Außerdem soll das populäre Armeeradio privatisiert werden.

Staatspräsident Jitzhak Herzog setzte sich am 8. Februar für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Er würdigte dessen Bedeutung auch im Zusammenhang mit den anstehenden Jubiläen, etwa dem 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. Herzog zeigte sich überrascht über die Qualität und Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, vor allem bei dramatischen Programmen, Dokumentationen, Kultur, Geschichte und Analysen.

IPBC-Intendant Golan Yochpaz sagte am 8. Februar: „Wir werden mit aller Kraft kämpfen.“ Eine Kürzung um Hunderte Millionen aus dem Budget würde nach seiner Ansicht „nur die Schließung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bedeuten, der in Israel und der ganzen Welt zu einem Symbol der echten israelischen Qualität und Kreativität geworden ist“.

Im Mai 2017 hatte die neu gegründete IPBC ihren Sendebetrieb aufgenommen. Der auch unter dem Markennamen Kan (hebräisch für: „hier“) fungierende Sender löste die vorherige israelische Rundfunkanstalt IBA ab (epd 20/17). IPBC veranstaltet drei Fernseh- und acht Hörfunksender, darunter den Haupt-TV-Kanal Kan 11 und die Haupt-Radiosender Kan Tarbut (Kol Yisrael), Kan Bet und Kan Gimel sowie das Auslandsradio Kan Reka. Dem Start von IPBC waren mehrjährige Auseinandersetzungen vorausgegangen, die immer wieder zu Verzögerungen sorgten. Der damalige Ministerpräsident Netanjahu war der Urheber der bereits 2014 begonnenen Reform des öffentlichen Rundfunks.

Der israelische Journalistenverband UJI bezeichnete die nun vorgeschlagenen Budgetkürzungen als „Kriegerkündigung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“. Es handle sich um einen „Versuch, die Rundfunkjournalisten einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, ihre Arbeit professionell zu machen“, erklärte der Verband.

Auch der Generaldirektor der Europäischen Rundfunkunion EBU, Noel Curran, äußerte in einem Schreiben an Ministerpräsident Netanjahu seine Besorgnis wegen der „Bedrohung der Integrität und Unabhängigkeit“ von IPBC. Ohne funktionierende Nachrichten, wie von Minister Karhi nahegelegt, sei IPBC nicht länger in der Lage, seine Vollprogramm-Verpflichtungen als öffentlich-rechtliches Medium und damit als EBU-Mitglied zu erfüllen, betonte Curran.

In einer seiner seltenen Fernsehansprachen appellierte Staatspräsident Herzog unterdessen am 12. Februar auf dem Kanal Kan 11 an die Abgeordneten der Regierungskoalition, die Justizreform zu verschieben. „Wir befinden uns am Rande des verfassungsrechtlichen und sozialen Zusammenbruchs“, sagte Herzog. ebe

Tod eines ruandischen Journalisten: Tatverdächtiger verurteilt

Menschenrechtsorganisationen zweifeln Regierungsdarstellung an

Nairobi/Kigali (epd). **Im Fall des ums Leben gekommenen ruandischen Investigativjournalisten John Ntwali hat ein Gericht einen Tatverdächtigen wegen fahrlässiger Tötung schuldig gesprochen. Der Beschuldigte sei von einem Gericht im Ort Kicukiro zu einer Geldstrafe von umgerechnet 860 Euro verurteilt worden, berichtete der britische Sender BBC am 8. Februar. Nach Regierungsdarstellung starb Ntwali bei einem Verkehrsunfall. Menschenrechtsorganisationen zweifeln allerdings an der offiziellen Version zu seinem Tod.**

In dem Verfahren, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, plädierte der Verdächtige auf schuldig. Er sei zu schnell gefahren und dabei aus Versehen mit dem Motorrad zusammengestoßen, auf dem Ntwali mitgefahren sei. 90 afrikanische sowie internationale Organisationen hatten eine „unabhängige, unparteiische und effektive Untersuchung“ der Todesumstände gefordert.

Ntwali war einer von wenigen unabhängigen Journalisten Ruandas. Er prangerte die Regierung an und berichtete unter anderem ausführlich über Zwangsräumungen

bei Verschönerungsmaßnahmen in der Hauptstadt Kigali. Erst im August erzählte er Human Rights Watch davon, wie ein Geheimdienst ihn zu Hause aufsuchte und bedrohte.

Die Menschenrechtsorganisation sieht keinen Willen für eine glaubhafte Aufklärung. Der kurze Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit wirke wie ein „fadenscheiniger Vertuschungsversuch“, erklärte der Zentralafrika-Direktor von Human Rights Watch, Lewis Mudge, am 9. Februar in Washington. Die unklaren Angaben und der Umstand, dass Ntwalis Familie erst 48 Stunden später über den Unfall informiert worden sei, deuteten darauf hin, dass die Regierung verantwortlich für den Tod des Journalisten sei. Schon mehrere Kritiker und Gegner seien bei vermeintlichen Verkehrsunfällen ums Leben gekommen.

Human Rights Watch prangerte zudem das Schweigen der internationalen Partner Ruandas an. Auch der Subsahara-Direktor des Auswärtigen Amtes, Christoph Retzlaff hatte, hatte sich bei seinem Besuch in Ruanda Anfang Februar nicht öffentlich zum Fall Ntwali geäußert und die Regierung als starken Partner gelobt. Mudge warnte, ohne entschiedenen Widerspruch werde die Liste der verschwundenen und ermordeten Regierungskritiker weiter wachsen.

Die ruandischen Behörden versäumten es nach Angaben der Menschenrechtsorganisation in den vergangenen Jahren wiederholt, glaubwürdige Ermittlungen über verdächtige Todesfälle von politischen Gegnern oder prominenten Kritikern einzuleiten und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Selbst Gegner im Exil wurden oft unter ungeklärten Umständen ermordet, zuletzt 2021 der Oppositionspolitiker Seif Bamporiki in Südafrika.

bme/nbl

■ KRITIK

Jäger und Gejagte

VOR-SICHT: „*Drift - Partners in Crime*“, fünfteilige Krimiserie, Regie: Tim Trachte, Buch: Andreas Brune, Sven Frauenhoff, Markus M. Pajtler, Oskar Sulowski, Daniela Baumgärtl, Kamera: Fabian Rösler, Produktion: Action Concept (Sky, ab dem 24.2.23)

epd Die Verfolgungsjagd unter südlicher Sonne endet mit einer lebensgefährlichen Rettungsaktion und einer krachenden Karambolage, die Bilder sind mit rockiger Musik unterlegt, Schüsse sind auch gefallen: Die erste Szene wirkt, als hätten die „Cobra 11“-Macher für RTL einen Ausflug nach Mallorca gemacht. Ganz falsch ist der Eindruck nicht, die fünfteilige Serie ist in der Tat eine Produktion von Action Concept, aber der Prolog spielt in Griechenland und entstanden ist „Drift“ für Sky. Richtig ist allerdings die Vermutung, dass jetzt erst mal eine ausführliche Rückblende folgen wird, die erklärt, warum zwei deutsche Brüder auf dem Peloponnes in einem knallgelben griechischen Taxi vor mordlustigen Killern fliehen.

Mit der entsprechenden Einblendung („6 Tage zuvor“) enden die Klischees jedoch, denn nun entfaltet sich eine Handlung, die mit zunehmender Dauer immer rätselhafter wird. Nach der Einführung des Helden, erst beim Training und dann beim Bürosex mit seiner Freundin, kommt das Drehbuch zur Sache: Der Münchener Polizist Alois „Ali“ Zeller (Ken Duken) und seine Kollegin Frida (Angelina Häntsch) sollen einen Gefangenen überführen. Was wie ein Routineauftrag klingt, mündet in ein Spek-

takel, das selbst für eine Produktion von Action Concept ein ungewöhnliches Ausmaß annimmt: Als Komplizen den Mann befreien wollen, kommt es auf einer Autobahnbrücke zu einem Unfall, in den auch ein Tanklastler involviert ist. Ali krabbelt aus seinem auf dem Dach liegenden Fahrzeug, sieht, dass der Lkw in Flammen steht und koppelt den Aufhänger ab, der daraufhin in die Tiefe stürzt. Die Explosion beschädigt einen Pfeiler, die Brücke stürzt ein, fünf Menschen sterben, zwei Dutzend weitere werden verletzt. Der Polizist muss mit einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung rechnen.

Vermutlich waren schon diese packenden fünf Minuten so teuer wie die komplette Folge einer Vorabendserie. Natürlich drängt sich die Frage auf, wie die Geschichte weitergehen soll, schließlich lässt sich der optische Aufwand kaum noch steigern. Clever wechselt das Drehbuch daher Ausrichtung und Tonfall: Mit dem Auftauchen von Leo Zeller (Fabian Busch) wandelt sich „Drift“ zum Familiendrama, denn das Verhältnis der beiden Männer ist belastet, seit ihr Vater einst bei einer Rallye ums Leben kam. Spätestens während der Querfeldeinverfolgungsjagd in Griechenland, wo die Brüder mehr oder weniger unfreiwillig in einen scheinbar ganz anderen Fall hineingeraten, wird auch klar, warum der Tod des Vaters mehrfach in Rückblenden zu sehen ist.

Früher ist Fabian Busch in solchen Konstellationen gern als lustiger Sidekick besetzt worden, etwa in „Die Jagd nach dem Schatz der Nibelungen“ von RTL, und tatsächlich tragen seine Pointen maßgeblich zum gelungenen Mix aus An- und Entspannung bei, doch Leo kann auch anders. Er ist im Gegensatz zu Ali, der

regelmäßig bei Martial-Arts-Käfigkämpfen mitwirkt, zwar eher ein Schreibtischtyp, aber ebenfalls Polizist, beim Landeskriminalamt Sachsen. Gemeinsam kommen die beiden einer Verschwörung auf die Spur, die das Potenzial hat, die Demokratie zu zerstören.

So hoch hängen die fünf Autoren die Geschichte dann zwar doch nicht, aber das ist aus Sicht der Brüder erst mal nebensächlich. Die mächtige Gegenseite duldet keine Zeugen und hat zudem alle Aussagen, die Ali entlasten würden, verschwinden lassen. Außerdem ist sie offenbar über jeden Schritt des Duos informiert, es muss daher einen Maulwurf in Alis Abteilung geben. Am Ende stehen auch die Brüder auf der Abschlusliste.

Die optisch hochwertige Serie (Kamera: Fabian Rösler) hat diverse Actionsszenen zu bieten, aber die Handlung wird zunehmend komplexer. Die Rollen von Jägern und Gejagten wechseln ständig bis hin zum Finale im verschneiten Allgäu. Regie führte Tim Trachte, der zuletzt für Netflix die Serie „Biohackers“ gedreht hat.

„Drift – Partners in Crime“ würde auch ohne die Auto- und Prügelszenen funktionieren. Es ist kaum plausibel, dass Ali nicht nur die Unfälle, sondern auch die gut choreografierten Schlägereien meist nur mit Kratzern übersteht. Ken Duken, Freizeit-Kampfsportler, darf einige Male demonstrieren, dass er mit Anfang 40 noch prima in Schuss ist, aber für beide Hauptdarsteller wird der eigentliche Reiz im spannungsgeladenen Brüderkonzept gelegen haben. Die Konstellation geht deutlich über das „Body & Brain“-Klischee hinaus, selbst wenn Ali zu Beginn ein „Fix & Foxi“-T-Shirt trägt.

Frauen spielen in dieser Gemengelage nur Nebenrollen, sie sind aber für die Entwicklung der Handlung unverzichtbar, allen voran Alis Freundin: Anwältin Maryam soll für ihre Kanzlei im Namen der Angehörigen eine Sammelklage gegen den vermeintlichen „Brückenbomber“ vorbereiten. Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Interessenkonflikt, und der liefert eine geschickte Vorlage für die zweite Staffel. Die selbstbewusste Juristin ist eine tolle Rolle für Mona Pirzad, zumindest den zentralen Ensemblemitgliedern bieten die Drehbücher gutes Spielmaterial. *Tilmann Gangloff*

Deutsche Marotten

„Deadlines“, vierteilige Comedyserie, Regie: Johannes Boss, Buch: Johannes Boss, Nora Gantenbrink, Kamera: Rebecca Meining, Produktion: Turbokultur (ZDFneo, jeweils zwei Folgen, 14.2.23, 21.45–22.45 und 21.2.23, 21.45–22.45 Uhr)

epd Franzi wundert sich: Warum feiern Elifs Eltern überhaupt das Ende der Fastenzeit, fragt sie. Obwohl sie doch, wie Elif selbst, nicht nur nicht gefastet haben, sondern gar nicht auf die Idee kämen, jemals zu fasten? „Bei Wikipedia steht doch...“ – hier wird die naive Deutsche von ihrer pragmatischen muslimischen Freundin jäh unterbrochen: „Franzi, du willst was über Religion lernen, aber du checkst nicht mal die Basics!“

Um diese Basics – aber nicht nur um sie – geht es in der ZDF-Comedyserie „Deadlines“. Nach den sehenswerten ersten acht Episoden, die vor zwei Jahren ausgestrahlt und nicht zufällig für einen Grimme-Preis nominiert wurden (Kritik in epd 27/21), erzählt die neue Staffel vier weitere jeweils 30-minütige Geschichten um die vier unterschiedlichen Freundinnen aus Frankfurt-Goldstein, einer Siedlung, die eingeklemmt ist zwischen der Autobahn A5 und der Einflugschneise des Flughafens.

Franzi (Llewellyn Reichman) und Lena (Sarah Bauerett) sind deutsch. Um nicht zu sagen: sehr deutsch. Elif (Jasmin Shakeri) und Jo (Salka Weber) haben dagegen einen Migrationshintergrund. Was das bedeutet, wird in der neuen Staffel mit feinsinnigem und zuweilen auch brachialem Humor gegen den Strich gebürstet. So nimmt Elif Franzi mit zu ihren muslimischen Eltern, die nicht etwa in einer Gegend mit hohem Migrationsanteil leben. Im Gegenteil, sie bewohnen einen nicht allzu großen Bungalow in einer gediegenen Vorortsiedlung. Elifs Eltern verhalten sich deutscher als Deutsche – aber darüber reden sie nicht.

Genau das versteht Franzi mit ihrem Wikipedia-Wissen aber nicht. Bei Tisch erklärt sie, nachdem sie unmotiviert „Allahu akbar“ gerufen hat, sie sei schwanger und wisse nicht, von wem. Sie wolle ihr Kind muslimisch erziehen. Man könne den Koran ja „im Sinne einer modernen, pluralistischen Demokratie deuten“. Franzi erttet mitleidige, entsetzte Blicke, aber keinen Widerspruch. Religion, so die um die Ecke gedachte Pointe dieser Episode, wird bei progressiven Muslimen nicht thematisiert. Man will die fundamentalistischen Landsleute nicht verärgern und auch nicht den Klischeevorstellungen der naiven Deutschen widersprechen: All dies bringt die dialogstarke Serie beiläufig zum Ausdruck.

Neben Elif, einer toughen Unternehmensberaterin, verkörpert auch Jo eine Frau, bei der Klischees ihres

Migrationshintergrundes gewissermaßen bis zur Kenntlichkeit entstellt werden. Wie viele afroamerikanische Musiker stellt auch die durch ihren Erfolg reich gewordene schwarze Sängerin ihren materiellen Wohlstand demonstrativ zur Schau. In der dritten Episode lädt sie ihre Freundinnen in ihre luxuriöse Penthousewohnung ein. Das Appartement befindet sich im Taunusturm, einer der exklusivsten Adressen in der Frankfurter Skyline. Umgeben ist Jo von blasierten Künstlerinnen und Aktivistinnen, die ihr „krasses politisches Wissen“ unter anderem dadurch ausdrücken, dass sie – obwohl sie alle deutsch sind – Englisch reden und wenn sie Deutsch sprechen demonstrativ mit Glottisschlag gendern.

Am deutlichsten zugespitzt ist die Figur der Lena. Mit wahrem Furor verkörpert sie gefühlt alle Klischees einer sendungsbewussten, ökobewegten Kunst- und Deutschlehrerin. In der zweiten Staffel fokussieren sich ihre Aktivitäten auf das Lastenrad, das für viele Zeitgenossen, die so denken wie sie, die Mobilität der Zukunft symbolisiert. Dumm nur, dass ihr duldsamer Mann Marek (Markus Winter) mit diesem Höllengefährten so schwer verunglückt, dass er nicht nur gelähmt ist, sondern auch nicht mehr sprechen kann. Die klaglose Selbstverständlichkeit, mit der Lena dieses Schicksal hinnimmt (und zwar bis hin zum ausführlich gezeigten Wechseln der Windeln), signalisiert, dass hier das Lebensgefühl einer nahen Zukunft ironisiert wird.

Kein Zweifel: Die Satire, zu der Regisseur und Autor Johannes Boss (von dem auch die gelungene Serie „Oh Hell“ stammt) gemeinsam mit der „Spiegel“-Redakteurin Nora Gantenbrink die Drehbücher verfasste, ist auf erfrischende Art politisch nicht korrekt. Die Serie um junge Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs greift zwar ein Muster auf, das man vom britischen Format „Fleabag“ von und mit Phoebe Waller-Bridge kennt, die Qualität von „Deadlines“ besteht aber darin, dass die Serie nicht einfach eine Vorlage kopiert. Jede Szene in „Deadlines“ nimmt deutsche Marotten aufs Korn.

Die zweite Staffel hat allerdings gewisse Anlaufschwierigkeiten. Die erste Episode, in der Franzi in einer intimen Trauerrede gesteht, dass sie in ihren verstorbenen Lehrer verliebt war, beginnt etwas zäh. Hier und da vermisst man Tempo und Verdichtung. Man spürt aber, dass dieser Sendeplatz, der für ZDFneo von der Redaktion Das kleine Fernsehspiel betreut wird, auch ein Experimentierfeld ist. Da die klug gezeichneten Figuren das Potenzial für ein Feuerwerk an rabenschwarzen Pointen haben, bleibt man gerne dran an dieser fantasievollen Zeitgeistkritik. Es soll eine dritte Staffel geben. Eine gute Nachricht!

Manfred Riepe

Achtsame Deutungen

„ZDFzeit: Hitlers Macht“, dreiteilige Dokumentation, Teil 1 „Der Aufsteiger“, Regie und Buch: Stefan Gierer, Rudolf Peter, Kamera: Tiemo Fenner, Thomas Frischhut ; Teil 2 „Der Herrscher“, Regie und Buch: Dagmar Gallenmüller, Karl Alexander Weck, Kamera: Jon Casado, Oliver Priller, Produktion: Eco Media; Teil 3 „Der Zerstörer“, Regie und Buch: Jörg Müllner, Kamera: Dirk Heuer, Arun Hüttemann, Klaus Josef Sturm, Konrad Waldmann, Produktion: History Media (ZDF, 17.1.23, 20.35–21.20 Uhr 24. und 31.1.23 jeweils 20.15–21.00 Uhr und in der ZDF-Mediathek); „#Hitlers Macht“ mit Mirko Drotschmann und Jasmina Neudecker, zweiteilige Dokumentation, Teil 1 „Warum Hitler Social Media geliebt hätte“, Regie und Buch: Nina Dürr, Barbara Radl; Teil 2 „Die Psychologie der Mitläufer“, Regie und Buch: Marlene Mogk, Barbara Radl, Kamera: Stefan Göppert, Jarek Presnück, Christian Weber (ZDF-Mediathek, seit 15.1.23)

epd 90 Jahre ist es her, dass am 30. Januar 1933 der Volksredner und Rechtsaußenpolitiker Adolf Hitler in Deutschland nach der ganzen Macht griff und sie auch packte. Er wurde zum Reichskanzler ernannt. Aus diesem Anlass haben die beiden großen öffentlich-rechtlichen Sender ZDF und Das Erste jeweils dokumentarische Mehrteiler aufgelegt, welche die Ursprünge und die unmittelbaren Folgen diese gelungenen Griffs nach der Macht einer Erklärung näherbringen sollen.

Der Dreiteiler im ZDF heißt „Hitlers Macht“ und versucht zu zeigen, worauf die Macht des Emporkömmlings Hitler wirklich beruhte. Die Eingangsfrage des ersten Teils „Der Aufsteiger“ von Stefan Gierer und Rudolf Peter lautet: „Wie konnte ein solcher Niemand in so kurzer Zeit zum Diktator aufsteigen?“ Ja, wie konnte er? Wo er doch nicht viel mehr war als „ein streunender Hund“, ein Mochtegern-Künstler, der in München durch die Aufnahmeprüfung für die Akademie gefallen war?

Aber er war ja auch ein Militär, diente gern, empfand die Truppe als sein Zuhause. Insofern ging es ihm nicht anders als dem ganzen Volk, das den Krieg verloren, seinen Kaiser und sein Selbstvertrauen eingebüßt hatte und vage Rachefantasien pflegte. Derart erläutert es Hitler-Biograf Wolfram Pyta. Ein weiterer Kenner der Materie, der Historiker Robert Gerwarth, spricht von Hitlers Besuchen bei Parlamentsdebatten und seinem Eindruck von der Machtferne der „Quatschbuden“, die alles nur zerreden.

Antisemit ist der junge Gefreite in seinen Anfängen noch nicht, das kommt erst später. Aber der Hass auf Kommunisten, den die zerfallende Armee und große

Teile der Bevölkerung, vor allem das Bürgertum, pflegen, ist auch der seine. Er sehnt sich, wie die Historikerin Heike Görtemaker betont, nach einem „neuen starken deutschen Reich“. Als Mensch mit künstlerischer Ader ist ihm auch die Musik nicht fremd, so begeistert er sich für den damals schon verstorbenen Richard Wagner und sucht gezielt Anschluss an dessen Familie. Alte Aufnahmen zeigen ihn im Dunstkreis der Villa Wahnfried.

Doch der junge Hitler macht schon seine eigene Musik. Er versucht sich als Volksredner. Und reüssiert. Wagt einen Putsch. Muss in den Bau in Landsberg am Lech. Dort schreibt er „Mein Kampf“.

Die Dokumentation ist auf klassische Weise mit einer Abfolge von ausgesuchten Archivbildern und Experteninterviews gebaut und mit einordnendem Kommentar versehen. Animationen im Stil der „Gothic Novels“ füllen Bilderlücken. Das alles ist gut gelungen, meidet einfache Antworten, bildet stattdessen das Zusammenspiel von historischen, politischen und sozialpsychologischen Faktoren achtsam deutend ab.

So geht es in der zweiten Folge, „Der Herrscher“, von Dagmar Gallenmüller und Karl Alexander Weck weiter. Die paramilitärischen Verbände SA und SS dominieren die Inszenierungen der Aufmärsche und Fackelzüge, der Reichstag brennt, Oppositionelle wandern ins Gefängnis. Die Juden sind als innerer Hauptfeind jetzt definiert, werden auf den Straßen tätlich angegriffen, aus Ämtern entfernt, boykottiert. Der Gleichschaltungsprozess bei Medien, Bildungsinstitutionen und Verbänden nimmt Fahrt auf. Historikerin Ute Frevert kommentiert – neben anderen – diese Ereignisse.

Nach dem Röhms-Putsch schickt Hitler Killertrupps los, zugleich bemüht er sich, das Ansehen seines Regimes nach außen zu stärken, etwa durch die Olympischen Spiele 1936. Das gelingt sogar, das Spektakel imponiert. Es folgen die Übergriffe: Rheinlandbesetzung, Sudetenland. Die „Reichskristallnacht“ ruft kaum mehr Proteste hervor.

Für Teil 3, „Der Zerstörer“, zeichnet Jörg Müllner verantwortlich. Jetzt wird der Krieg erzählt. Er sollte, wie wohl viele Kriege, ganz schnell wieder vorbei sein, das war der Plan. Hitler und Stalin schließen einen Pakt, so sollte der Zweifrontenkrieg vermieden und Polen rasch besiegt und aufgeteilt werden. Im Westen geht es anfangs wirklich schnell. Aber dann kommt es doch zu zwei Fronten. Hitler will jetzt einen Vernichtungskrieg gegen Russland führen, er braucht „Lebensraum im Osten“, und die Menschen dort seien eh rassistisch minderwertig. So wie die Juden, deren „Frage“ jetzt einer Endlösung zugeführt werden müsse.

Im Januar 1942 tagt die „Wannseekonferenz“. Diesmal kommentieren unter anderem die Historiker Klaus Schmider, Johannes Hürter und Norman Domeier. Wenn eine Macht, wie die des Gröfaz (= Größter Feldherr aller Zeiten) Hitler auf dem Nimbus der Unfehlbarkeit gründet, bröckelt sie rasch, wenn es irgendwo schiefliegt. Die Niederlage der deutschen Armeen vor Stalingrad bringt die Wende. Hitler hat es noch nicht kapiert und faselt von „Wunderwaffen“. Hatte nicht die „Vorsehung“ ihn zum Weltherrscher bestimmt? Es bleibt ihm nur der Selbstmord.

Historische Features dieser Art hat man schon mehrfach gesehen, vor allem im ZDF, aber man darf sie gern öfter sehen, denn jede Epoche wirft einen anderen Blick auf die Geschichte, muss sich immer wieder neu in ihr zurechtfinden. Während einst die großen Machtverschiebungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg im Fokus standen, wenn es darum ging, Deutschlands Abstieg in den Faschismus zu verstehen, sind es inzwischen differenziertere, subjektive Fragestellungen, die uns umtreiben: Was war mit den Menschen los, dass sie einem solchen Rattenfänger hinterherliefen, und warum konnte sich dieser „Niemand“ zum Weltbrandstifter aufschwingen? „Was brachte die Menschen dazu, sich bedingungslos in die von Hitler propagierte Volksgemeinschaft einzureihen?“ Die Antworten sind immer nur Näherungen wie auch in diesem ZDF-Dreiteiler, aber sie sind bedenkenswert.

Zeitgleich mit dem Dreiteiler über „Hitlers Macht“ stellte das ZDF eine „Terra X“-Produktion mit einer Variante des Themas für das jüngere Publikum in die Mediathek. Durch die zwei Teile von jeweils gut 20 Minuten führt Mirko Drotschmann als Presenter, er begrüßt sein Publikum aus einer computergenerierten Straßenszene, auf der steife Animationsfiguren herumstehen oder -wandern, das soll einen Rückblick in die Hitlerzeit imaginieren, verwirrt aber eher.

Die gute Idee war die These, die auch den Titel lieferte: „Warum Hitler Social Media geliebt hätte“. Drotschmann erläutert die Mechanismen der Propaganda, Hitlers Rolle als „Prophet und Heilsbringer“, der Moderator warnt vor der vorschnellen Überzeugung, dass wir heute einem Hitler nicht mehr auf den Leim gehen würden, denn die Funktionsweise der Sozialen Netzwerke ist jener der Nazi-Propaganda erstaunlich verwandt. Hier wie dort ist „Reichweite Trumpf“, geht es um „Ideologie statt Information“, wird auf Bilder gesetzt und Hetze nicht verschmäht, kommt es auf Emotionalisierung, Polarisierung und Schwarz-Weiß-Malerei an, spielen Buzzwords, Fake News und das Wir-Gefühl Schlüsselrollen. Mit einem Wort: Hitler war ein Influencer, wenn auch offline, seine Propagandamaschine funktionierte perfekt, und er selbst wirkte absolut „authentisch“. Bilder wurden

nie dem Zufall überlassen, dafür sorgten er selbst und sein Leibfotograf.

Zwischendurch erklärt Drotschmann das NS-Programm, dann schlägt er vor, eine Probe aufs Exempel zu machen. Kollegin Jasmina Neudecker soll bei einer größeren Gruppe Studierender das Postingverhalten überprüfen. Wann wird gelikt, wann nicht? Es zeigt sich: Auch heute noch entscheiden das Wir-Gefühl und die Affekte, die dahinterstecken und auch im Nazireich virulent waren. Ups – offenbar sind wir immer noch genauso beeinflussbar! *Quod erat demonstrandum.*

Drotschmann weist noch darauf hin, dass sich über das Internet aber auch Rebellierende organisieren können wie derzeit im Iran. Ja, diese Sendung war unbedingt geeignet, ihre jugendliche Zielgruppe abzuholen.

Teil 2 heißt: „Die Psychologie der Mitläufer“ und führt die Grundidee fort, die Suche nach den Ursprüngen der Bereitschaft so vieler Menschen, jemand wie Adolf Hitler hinterherzulaufen. Im Fokus steht immer noch das Gemeinschaftsgefühl, das nun mal menschlich ist und einst dazu führte, dass die Menschen nur zu gerne dem Wahlspruch glaubten: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“ Dabei passiert es, dass Gehorsam in Unterwürfigkeit kippt, dass Gruppenzwänge das Individuum in den Konformismus treiben.

Auch im zweiten Teil gibt es einen Test, diesmal ging es darum, nachzuweisen, dass die Neigung, gängige Verhaltensnormen zu internalisieren, sehr verbreitet ist. So sollten drei Probandinnen es über sich bringen, allein in einer Einkaufsmeile auf ein Podest zu steigen und laut zu singen. Alle drei Probandinnen genierten sich und wollten nicht. Erst als noch drei weitere hinzugeworben worden waren, fasste sich die Gruppe ein Herz. Also: Ausscheren, dabei auch mal anecken, das mögen wir nicht.

Auf den historischen Film- und Fotostrecken, die in diesem Zweiteiler in die Zwischenkriegszeit zurückführen, ist einmal ein Mann zu sehen, der inmitten einer begeistert den Hitlergruß zeigenden Menge den Gruß verweigert und stattdessen eine grimmige Miene zeigt. Er war, so Drotschmann, ein Mutiger. Er hätte allein auf einer Einkaufsmeile gesungen.

Diese Produktionen haben mehr getan, als den öffentlich-rechtlichen Auftrag anlässlich eines historischen Jahrestags zu erfüllen. Sie haben die Frage „Wie war es nur möglich?“ hin und her gewendet, sie nach der subjektiven Seite hin geöffnet und neue Perspektiven, unter denen Antworten möglich werden, eingenommen. Respekt. *Barbara Sichtermann*

Teures Versprechen

„Die Atomkraft – Ende einer Ära?“, Dokumentarfilm, Regie und Buch: Jobst Knigge, Produktion: Broadview TV (Arte/ZDF, 7.2.23, 20.15–21.55 Uhr)

epd Ende 2022 sollte die „Ära“ der Atomkraft eigentlich beendet sein, zumindest in Deutschland. Die letzten drei Atomkraftwerke wurden jedoch nicht abgeschaltet, vielmehr wurde ihr Betrieb von der Ampel nach kontroverser Diskussion bis Mitte April verlängert, um die Energieversorgung im Winter sicherzustellen. Es ist aber mehr als zweifelhaft, dass das Thema damit abgeräumt ist. Mittlerweile fordern einige Politiker der Union bereits den Neubau von Atomkraftwerken. Das Nachbarland Frankreich plant dies bereits: Präsident Emmanuel Macron hat den Bau von sechs neuen Meilern bis zum Jahr 2050 angekündigt und dies als „Renaissance der Atomkraft“ bezeichnet.

Der Historiker Frank Uekötter, der an der Universität Birmingham Umwelt- und Technikgeschichte lehrt, nennt die französischen Pläne in Jobst Knigges Dokumentarfilm dennoch „eine Art Ausstieg“. Denn um die aktuellen Kapazitäten der Atomkraft bis Mitte des Jahrhunderts zu halten, müssten in Frankreich eigentlich 40 neue Meiler gebaut werden, sagt er. Ob das zutrifft, wird nicht hinterfragt, ebenso wenig wie die Aussage von Myrto Tripathi, die für eine französische Pro-Atom-Initiative spricht. Tripathi behauptet, „alle wichtigen internationalen und wissenschaftlichen Institutionen“ würden die Notwendigkeit betonen, dass die Kernenergie zum Energiemix der Zukunft dazugehören müsse, „um den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen zu schaffen“. Eine Art Faktencheck liefert Knigges Dokumentarfilm nicht, aber mit dem ausführlichen Rückblick auf die vergangenen Jahrzehnte schafft der Autor eine wichtige Basis für die aktuelle Debatte.

Am Anfang standen die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki: Die friedliche Nutzung der Kernenergie war ein Abfallprodukt der militärischen Forschung und galt in den 1950er und 1960er Jahren als Versprechen für eine sorglose Zukunft, in der es Energie im Überfluss geben würde. Werbevideos mit „Superkraft-Riesen“ oder „nuklearen Hamburgern“ zeugen von einem naiven Technikglauben. Der Historiker Joachim Radkau erinnert lachend daran, dass Willy Brandt als regierender Bürgermeister von Westberlin sogar den Bau eines Atomkraftwerks auf der Wannsee-Insel befürwortet habe. Angeblich brachte ihn erst der Hinweis, dass die Westberliner Bevölkerung bei einem Unfall in die DDR evakuiert werden müsste, von den Plänen ab. Laut Uekötter, Autor des Buchs „Atomare Demokratie“ und im Film der am häufigsten zitierte Experte, war die Industrie damals zögerlicher als die Politik, die sich den

Bombenbau als technische Option immer offenhalten wollte.

Der Film von Knigge unterscheidet sich stark von dem für den Grimme-Preis nominierten Dokumentarfilm „Atomkraft Forever“ von Carsten Rau (Kritik in epd 31/22). Knigge setzt auf eine eher konventionelle Mischung aus Archivmaterial, Interviews und wenigen eigenen Kommentaren, um die unterschiedliche Entwicklung in Deutschland und Frankreich – auch der Protestbewegungen – chronologisch nachzuvollziehen. Der Uranbergbau und die Nutzung der von sowjetischer Technologie abhängigen Kernenergie in der DDR werden ebenfalls berücksichtigt. Rau dagegen schilderte mit eindrucksvollen Bildern und Gesprächen mit Beschäftigten den Status quo der Atomindustrie vor der „Zeitenwende“ und dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022.

Knigges historischer Abriss muss nicht auf der großen Leinwand bestehen, ist aber dank der Fülle des Bildmaterials auch ein visuell instruktiver Beitrag. Die immensen Folgekosten der Technologie werden mit Bildern aus Morsleben, einem Endlager für radioaktive Abfälle in Sachsen-Anhalt und dem 2011 stillgelegten Kernkraftwerk Brunsbüttel belegt. Der Atommeiler an der Elbemündung lieferte 30 Jahre Strom, der Rückbau soll 15 Jahre dauern und eine Milliarde Euro kosten. Und ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle, die bis zu eine Million Jahre sicher aufbewahrt werden müssen, ist bekanntlich noch nicht gefunden.

Natürlich fehlen auch nicht die Bilder aus Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima. Die Entwicklungen jenseits der Arte-Länder Frankreich und Deutschland werden dennoch nur gestreift. Dafür hat Knigge bei der Interviewauswahl erfreulicherweise auf die üblichen Talkshowverdächtigen verzichtet – sieht man vom Grünen-Politiker Jürgen Trittin ab, der als Bundesumweltminister den Atomausstieg der rot-grünen Regierung verantwortete.

Von einigen Protagonistinnen hätte man gerne mehr erfahren, etwa von der Technikhistorikerin und Osteuropaexpertin Anna Veronika Wendland, die sich offenbar aufgrund der Faszination für die Technik von einer Atomkraftgegnerin zur Befürworterin gewandelt hat. Ob sie eine „Renaissance“ der Kernenergie für möglich und die neuen Reaktortypen für sicher hält, erfährt man nicht.

Als Vertreter der Industrie hat Knigge den Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach vor die Kamera geholt. Maubach sagt, er glaube nicht, „dass der Bau von Atomkraftwerken eine kluge Entscheidung ist – in westlichen Demokratien. Das heißt aber nicht, dass man gut funktionierende alte

Atomkraftwerke abschalten muss.“ Das Unternehmen, das im vergangenen Jahr im Zuge der Energiekrise vom deutschen Staat übernommen wurde, betreibt in Schweden Atomkraftwerke.

Das Ende der „Ära“ Atomkraft ist also jenseits deutscher Grenzen vorerst nicht in Sicht. „Die Klimafrage kam genau zum richtigen Zeitpunkt für die Atomlobby“, sagt der französische Anti-Atom-Aktivist André Jacques. In der teuren Kernenergie die Lösung der Versorgungsprobleme oder der „Klimafrage“ zu sehen, scheint tatsächlich aberwitzig. Denn daran, dass sich Atomkraft „ohne massive staatliche Subventionen“ nicht rechnet, wie Uekötter sagt, hat sich nichts geändert. Jacques kann auf den europäischen Druckwasserreaktor in Flamanville verweisen, der eigentlich schon 2012 in Betrieb gehen sollte, aber immer noch nicht fertiggestellt ist. Dafür haben sich die Kosten nach bisher 15 Jahren Bauzeit von 3,3 auf knapp 20 Milliarden Euro versechsfacht. Autor Knigge bilanziert nüchtern: Im Jahr 2022 seien weltweit rund 50 neue Atomkraftwerke im Bau gewesen. Allerdings sei der Bau von doppelt so vielen Meilern geplant gewesen und gestoppt worden oder die Arbeiten lägen Jahre hinter dem Zeitplan. *Thomas Gehringer*

Neue Energie

„ARD Story: Der Energieschock – Wie sichern wir unseren Wohlstand?“, Dokumentation, Regie und Buch: Ulrich Bentele, Kamera: Kristof Kannegieser, Jakob Groß u. a., Produktion: Bentelevision (ARD/RBB/NDR, 1.2.23, 23.15–0.00 Uhr)

epd Die alltägliche Szene ist wichtig für das Thema und wiederholt sich daher mehrfach in Ulrich Benteles Dokumentation über die Energiekrise: Kurz bevor Wirtschaftsminister Robert Habeck den Jahreswirtschaftsbericht vorstellt, begrüßt der Grünen-Politiker den Autor in seinem Büro und macht vorher schon mal das Licht an. Später wiederholt sich das Motiv im Büro von Gunnar Groebler, dem Vorstandsvorsitzenden der Salzgitter AG, einem Energiegroßverbraucher, und im Büro des Oberbürgermeisters von Münster, Markus Lewe.

Es geht in dieser „Story“ um die Wirtschaft und um den Blick nach vorne. Bentele ist kein radikaler Klimakämpfer. Er weiß, dass das Land ohne die wirtschaftliche Grundlage nicht mehr funktionieren wird. Wohlstand sei nicht ohne Wachstum möglich, heißt es eingangs. Wichtig ist das Thema Wettbewerbsfähigkeit, die jahrzehntelang mit Hilfe von billigem Gas aus Russland ermöglicht wurde. Ein zukunftsfähiger Strukturwandel wurde damit jedoch verhindert. Nun, mit Klima- und

Gaskrise gleichzeitig, wird die Energiewende immer dringender.

Es geht in dieser Dokumentation nicht um schlichte Gegensätze wie grün oder konservativ, alte Besitzstände oder neue Visionen. Das Umdenken hat längst ganz oben stattgefunden, Industrie und Technik gehen voran. Das zeigt ein Besuch bei Deutschlands größtem Gasverbraucher, der BASF in Ludwigshafen. Der Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller zeigt die „Steamcracker“-Anlage, die Rohbenzin in einen ganzen Molekülbaukasten aufspaltet. Statt mit Gas soll das jetzt weltweit erstmals mit Strom geschehen, so sollen 90 Prozent Kohlendioxid eingespart werden. Der Umbau wird mit deutschem Steuergeld und mit Geld von saudischen Ölkonzernen finanziert. „Wir wollen den nächsten Quantensprung unterstützen“, sagt Habeck.

Ein Hochofen der Salzgitter AG verbraucht pro Jahr so viel Gas wie 200.000 Haushalte. Das Unternehmen produziert ein Prozent der gesamten deutschen Kohlendioxidemissionen. Doch schon ab 2025 will die Salzgitter AG „grünen Stahl“ liefern, gefertigt mit Wasserstoff, der mit Windenergie erzeugt wird.

Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe, der zugleich auch Präsident des Deutschen Städtetags ist, plant für Münster mit Geothermie, eine echte „Heimatenergie“ vor Ort, sagt er.

Ein weiteres Beispiel findet Bentele in Schwedt, wo das Petrolchemische Kombinat (PCK) bereits 1990 aufgelöst wurde. Seit 2010 wird die nachfolgende PCK-Raffinerie gemeinsam mit dem russischen Unternehmen Rosneft betrieben. Nun fließt kein russisches Öl mehr und auch Polen will derzeit nicht liefern. Bentele hält sich aber nicht lang mit Demonstrationen für den Erhalt der Raffinerie auf, sondern lässt einen Auszubildenden zu Wort kommen, der sich auf eine Zukunft mit Wasserstoff vorbereitet.

Die Dokumentation zeigt die Krise als Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung. Bentele zeigt den Weg in die energetische Zukunft, führt Lösungen vor, aber auch Hürden. Man sieht das Ampel-Trio aus Kanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner und Robert Habeck bei der Einweihung des ersten Flüssiggasterminals, das statt nach üblichen 15 Jahren (!) schon nach zehn Monaten Planung und Bau eröffnet wurde. Für Scholz das „neue Deutschland-Tempo“, für die Volkswirtschaftlerin Veronika Grimm das Zeichen, „dass es immer erst brennen muss, bis die Politik handelt“.

Man habe die Krise beherrschbar gemacht, sagt Habeck. Dennoch gebe es nur kurze Zeit zum „Durchschnaufen“, denn „wir sind noch lange nicht durch“. Immerhin

geht es um ein sehr komplexes Prozessgeschehen, die Transformation der Industrie, die Abkehr vom fossilen Zeitalter. Darüber hat Ulrich Bentele einen ebenso anschaulichen wie ermutigenden Film gedreht: So sieht die Großindustrie die grüne Klimawende – ein verblüffender und bemerkenswerter Blickwinkel. *Dieter Dehler*

Zwanghafte Selbstoptimierung

„Wes Alltag Antwort gäb“, Hörspiel, Regie und Buch: Gesche Piening, Komposition: Michael Emanuel Bauer (Bayern 2, 27.1.23, 21.05–22.00 Uhr)

epd In ihren bisherigen Hörspielen widmete sich Gesche Piening, die auch Feature-Autorin ist, realen Vorkommnissen, um sie in einer neuen nachgesprochenen Anordnung gleichsam für sich selber sprechen zu lassen: als Musterbeispiele für ein gesetztes Thema, das so in einer Vielfalt von Varianten erscheint und über den jeweiligen Einzelfall hinausgeht. Ob es das unentdeckte Sterben vereinsamer Menschen in ihren Wohnungen war („Einsam stirbt öfter – Ein Requiem“, Kritik in epd 26/20) oder die private Insolvenz Einzelner („Bin pleite ohne mich“, Kritik in epd 38/21), beide Male ging es um Vorgänge mitten unter uns, über die man gerne mit Schweigen hinweggeht, obwohl sie die Betroffenen an den Wurzeln ihrer Existenz berühren. Extreme Vorkommnisse also, die uns alle treffen (oder treffen können), doch mit Ängsten behaftet sind, die wir uns nicht eingestehen wollen.

In diesem Stück nun löst sich Piening von Einzelfällen, konstruiert ein Ich, an dem offensichtlich eigene Erfahrungen Anteil haben, das aber auch für einen Typus steht, einen Menschen, der mehr sein möchte als ihm sein gesellschaftliches Umfeld zugesteht. Die Rede, ein innerer Monolog voller Selbstoffenbarungen, bei denen sich der Blickwinkel ständig ändert, bewegt sich in zwei Richtungen. Einmal geht es darum, wie man sich selber in seinen Befindlichkeiten, Erwartungen und Ansprüchen sieht, ein anderes Mal, wie man von außen gesehen wird oder gesehen werden möchte. Die „Leistungsgesellschaft“ ist der entscheidende Bezugspunkt, letztlich das Ziel allen Strebens. Man möchte ihr genügen, sich anpassen, aber gleichzeitig „menschlich“ handeln und denken, „Empathie“ zeigen.

Das Dilemma, das so entsteht, durchzieht den gesamten Monolog. Ein Mann, gefangen im Hamsterrad beruflicher und gesellschaftlicher Anforderungen, gibt Auskunft. Über sich, seine Widersprüche und Nöte, die Ambivalenz seines Daseins, das Arbeit an der eigenen Fassade ist, gleichzeitig aber auch die „Defizite“ offenbart, die daraus resultieren. Er will alles zugleich sein: Mitmacher

und Widerständler. „Bereichert wird, wer miterlebt“, verkündet er, ein Zuruf an uns alle in der Pose des über den Dingen Stehenden, aber auch, beinahe tröstlich: „Verweigerungen sind erlaubt“ und „niemand muss sich involvieren“, denn „Empathie verausgabt sich“. Dann der Schwenk zu sich: „Ich möchte so sein, dass man sich die Mühe macht, sich mich vorzustellen.“

Doch da gibt es ein Problem: Durchschaut werden möchte man doch nicht, lieber wäre es einem, eine Oberfläche zu zeigen, bei der alles stimmt. Das Bedürfnis, einen tadellosen Ruf zu besitzen, bringt auch die Furcht vor der Meinung anderer hervor.

So eröffnet sich eine schier unermessliche Flut von Offenbarungen ohne Skrupel davor, das Innerste auszukehren und damit auch das ganze Arsenal einer Selbstoptimierung, die zwanghafte Züge hat und das eigene Wesen zu verschütten droht. Doch man weiß auch: Der Ehrgeiz („ich will um jeden Preis etwas aus mir machen“) hat seine Grenzen. Zu erfahren war das bei einem Seminar „Höchstleistung und Menschlichkeit“. Da habe er „gespürt, dass ich noch Defizite habe, nicht auf der fachlichen Seite sondern auf der menschlichen“.

„Ich schätze Präzision“, hören wir aus dem Mund eines Menschen, der die Prinzipien von Härte, Disziplin und Pflichtgefühl vorlebt, aber nicht „das Abziehbild eines faktenbasierten Leistungsmenschen“ sein will. Er fragt sich: „Glaube ich mir eigentlich selbst?“ oder „Habe ich eigentlich Humor?“. Immer wieder will er Beachtung und Aufmerksamkeit finden, befragt seine Außenwirkung: „Ich wünschte, dass jemand online nach mir sucht.“

So quält ihn auch die Frage danach, wie sein Gesichtsausdruck ist, wenn er anderen zuhört. Wirkt er interessiert oder unbeteiligt? Überhaupt sind es die „Bewertungen“ anderer, die ihn beschäftigen und vor denen er sich fürchtet. Mehrfach ertönt der fast flehende Ausruf „Ich komme nicht vor“, einmal in Begleitung einer Frauenstimme, auch im Stil einer Protestdemonstration.

Einigermaßen befremdlich scheint die Haltung des Sprechers (Stephan Bissmeier): Teilnahmslos, mit immer gleicher Ungerührtheit trägt er seine Befunde vor, als gehe es ihm um deren lückenlose Aufzählung und nicht darum, Eindruck zu machen. Doch wenn zwischendurch immer wieder ein „Bravo! Schnitt!“ ertönt, ist auch zu erkennen: Die Rede, die sich als innerer Monolog gibt, ist eine an die Öffentlichkeit gerichtete Ansprache. Irgendwer richtet wohl gerade Kamera und Mikrofon auf ihn.

Faszinierend sind die oft überraschenden Entdeckungen in diesem Stück. In alle Ecken einer hin und hergerissenen Existenz leuchtet es hinein, überfordert einen aber

hin und wieder auch in der schieren Menge seiner Beobachtungen. Nicht selten schimmern Alltagserfahrungen durch, in vielem erkennen wir uns selbst wieder. Doch allzu oft bedient es sich der kaum ironisch gebrochenen Begrifflichkeit von Lifestyle-Magazinen und bewegt sich zuweilen auf einem Abstraktionsniveau, das die Lust am Zuhören erlahmen lässt.

Der rätselhafte Titel mit seinem beinahe biblischen Pathos tut das Seine. Wir raten, worum es hier eigentlich geht. Immerhin sorgen sparsam eingesetzte beredete Geräusche und frische, aufmunternde Musikakzente dafür, dass man beim Zuhören auch mal Luft holen kann.

Christian Deutschmann

Gekonnt erzählt

„Teurer Wohnen“, siebenteiliger Podcast, Regie und Buch: Rabea Schloz, Charlotte Thielmann (RBB/Detektor.FM, seit 19.1.23 in der ARD-Audiothek)

epd Heuschreckenkonzerne, Abriss und Neubau, hohe Abfindungen für Mieter, die freiwillig ausziehen, aufgepeitschte Stimmung, schwindelerregende Miethöhen. Kaufpreise, die sich nur die „Friedrich-Merz-Mittelschicht“ leisten kann, wie es in „Teurer Wohnen“ treffend heißt: Derlei Horrorgeschichten vom Berliner Wohnungsmarkt lösen im Rest der Republik höchstens noch ein müdes Achselzucken aus. In diesem Podcast gelingt Charlotte Thielmann und Rabea Schloz jedoch das Kunststück, das Thema aus neuen Blickwinkeln zu betrachten und kritisch, aber immer sachlich zu beleuchten, informativ auch für ein Publikum jenseits der Hauptstadt.

Für die siebenteilige Reihe greifen sich Host Thielmann und Reporterin Schloz ein Neubauprojekt in Charlottenburg heraus. In der Nähe der Kantstraße baut der Projektentwickler Diamona & Harnisch, ein eher kleines Unternehmen, teure Eigentumswohnungen, ein Nachkriegsbau und seine Mieter mussten weichen. Ausgehend von diesem einen Projekt und am Beispiel dieser Firma entfaltet „Teurer Wohnen“ ein Panorama der Situation am Immobilienmarkt.

In den ersten vier Folgen, die bereits in der ARD-Audiothek verfügbar sind, geht es zunächst um die Mieter des Altbaus, die ausziehen müssen, und die Folgen für den Kiez. Später geraten die Neueigentümer in den Blick: Wer kauft die Wohnungen und warum? In Folge drei und vier führt der Podcast in Steuerparadiese: Die innerdeutschen Gewerbesteuer-Oasen Schönefeld und Zossen und die als Unternehmenssitz beliebte Insel

Zypern. An alle drei Orte führt das Firmengeflecht von Diamona & Harnisch.

„Teurer Wohnen“ ist im Reportagestil gehalten, in den ersten vier Folgen wird zum Glück nicht gelabert. Solide wechseln sich Interview-O-Töne und Atmo mit erzählerischen Elementen ab, gesprochen von Thielmann selbst. Dramaturgisch gekonnt nehmen die einzelnen Folgen Bezug aufeinander. So komplex das Geflecht von Diamona & Harnisch oder die rechtliche Situation am Immobilienmarkt auch ist, der Podcast wahrt die Orientierung, ordnet sachlich ein. Thielmann und Schloz bleiben ruhig, trotz deutlicher hörbarer Kritik und Mitgefühl mit der Situation der geplagten, bereits vertriebenen oder von Kündigung bedrohten Mieter. Werden Taxifahrer künftig noch in ihrem Kiez wohnen können, wenn die Mieten 6.000 Euro netto überschreiten?

Von vertriebenen Mietern und dem Leid alteingesessener Kiezbewohner, deren mehr als 20 Jahre alte Verträge sie zwar vor dem Allerschlimmsten schützen, die aber dennoch die Verwandlung ihres Viertels betrauern, hat man schon viel gehört. „Teurer Wohnen“ lenkt mit einer ganzen Folge über die „New Kids on the Block“ den Blick auf die andere Seite: Wer zieht in Neubauprojekte wie das in Charlottenburg?

Die Autorinnen wühlen sich durch Grundbuchakten, finden Ärztinnen, Unternehmer, auch Käufer aus Russland, Israel und China. Kontaktforderungen bleiben wenig überraschend meist unbeantwortet, ein Neueigentümer redet aber schließlich doch mit ihnen. Das Interesse an den Käufern und ihren Beweggründen ist ehrlich, die Beschäftigung mit ihnen trotz deutlicher Kritik an den

Strukturen am Markt frei von einfachen Skandalisierungsparolen.

Den Schauspieler Boris Aljinovic begleitet der Podcast als angeblichen Kaufinteressenten. Eine Immobilienunternehmerin beteuert, mit Luxuswohnungen in Berlin verdiene sich niemand eine goldene Nase, zu hoch seien die Entwicklungs- und Baukosten. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer von Diamona & Harnisch kommt zumindest in den ersten vier Folgen, trotz zwischenzeitlicher Zusage, nicht zustande, auch schriftliche Fragen blieben wohl unbeantwortet.

In den Folgen drei und vier bewegt sich „Teurer Wohnen“ weg vom Charlottenburger Wohnungsmarkt, in brandenburgische Speckgürtel-Gemeinden und nach Zypern. Auch thematisch holt die Erzählung weit aus. Abseits vom konkreten Fall oder dem Immobilienmarkt werden Steuermodelle und Firmenkonstruktionen beschrieben, die zwar legal sind, aber häufig zumindest ein Geschmäckle haben. Christian Bollert, der Geschäftsführer von Detektor.fm und Mitproduzent des Podcasts, gibt sich als potenzieller Klient einer Firma aus, die anderen Unternehmen dabei hilft, ihren Firmensitz zu verlegen. Das alles ist sehr informativ, erfordert aber auch etwas Durchhaltevermögen beim Hören.

Man bleibt aber dran, weil Schloz und Thielmann vorschnelle Schlüsse vermeiden, die man sonst bei so aufgeladenen Themen häufig hört. Immer wieder zeigen sie Lösungsansätze auf: Welche Reformen plant die Ampelkoalition? Wie regeln andere Länder die Besteuerung von Immobilienunternehmen? Es macht Spaß, dieser unaufgeregt und handwerklich gekonnt erzählten Recherche zu folgen. *Dominik Speck*

■ DOKUMENTATION

„Gemeinwohlorientiertes Netzwerk“

Thesen des IÖR zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien

epd In der Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spricht sich der Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk Köln (IÖR) gegen Fusionen von Sendeanstalten aus, fordert aber mehr Kooperationen unter den Sendern. Was die Aufsicht über die Sender angeht, mahnt der IÖR in einem Zwölf-Punkte-Papier eine andere Zusammensetzung der Gremien und mehr Nähe zum Publikum an. Wir dokumentieren das Papier im Wortlaut.

Der dritte Medienänderungsstaatsvertrag beauftragt die Gremien im Zuge der Flexibilisierung mit ganz neuen Aufgaben und Befugnissen. Der vierte Medienänderungsstaatsvertrag, der Regelungen für Transparenz und Compliance enthält, befindet sich im Anhörungsverfahren. Die ARD-Sender sind dabei, ihre Zusammenarbeit im Bereich Organisation und Finanzverwaltung zu verstärken und einheitliche Verwaltungssoftware einzuführen. Es ist also Bewegung in den Sendern und in der Medienpolitik.

In der Öffentlichkeit müssen sich die öffentlich-rechtlichen Sender nach wie vor rechtfertigen, wie sie mit dem Geld der Beitragszahler umgehen und wozu die öffentlich-rechtlichen Medienangebote überhaupt notwendig sind. Selbst runde Tische werden gefordert, um über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien ganz neu nachzudenken. Mit ersten Positionspapieren ist die Debatte eröffnet. In dieser Situation möchte der Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk Köln e.V. sich einschalten in die anlaufende Debatte. Einige Vorschläge erfordern einen neuen Staatsvertrag, aber vieles ließe sich einfach vertraglich regeln.

1. Der ÖRR als Garant für das duale System

In langjähriger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Funktionsauftrag des ÖRR definiert als dienende Freiheit, die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung garantiert und damit eine Grundvoraussetzung für die Demokratie darstellt. Der ÖRR ist kein Lückenfüller auf privat dominierten Medienmärkten, im Gegenteil: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht davon aus, dass die andere Seite des dualen Systems mit kommerziellen Interessen und den geringeren inhaltlichen Anforderungen überhaupt erst vertretbar ist, wenn der ÖRR seinen verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag erfüllt. Er stellt ein unabhängiges, Vielfalt sicherndes, Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht dar gegen Gefahren der Manipulation und Kommerzialisierung. Er eröffnet damit den Markt für private Anbieter und ist bei wichtigen Sendeinhalten Voraussetzung zur Marktteilnahme privater Anbieter. Insofern erfüllen einige der vorliegenden Reformvorschläge nicht die langjährigen verfassungsrechtlichen Vorgaben.

Insbesondere in gesellschaftlich schwierigen Zeiten, in denen die Grundlagen der Demokratie angegriffen werden, Fake News und soziale Medien dazu beitragen, die Gesellschaft zu spalten, sind wir auf unabhängige, glaubwürdige, professionelle Information, Berichterstattung und Einordnung angewiesen.

2. Keine Fusion von ZDF und Das Erste

Vor einer Zusammenlegung von ARD und ZDF sei gewarnt, denn gutes Management basiert auf unterschiedlichen Unternehmenskulturen, und die lassen sich nicht ohne weiteres angleichen. Vor allem würde das Vielfaltsgebot missachtet. Wahrscheinlich wäre auch das Gebot der Verfassungsrechtsprechung verletzt, dass ein umfassendes öffentlich-rechtliches Angebot die Voraussetzung für die Zulassung von privaten Anbietern ist. Insofern sind einige Vorschläge wohl kaum verfassungskonform. In einem Rechtsstaat kann man erwarten, dass langjährige verfassungsrechtliche Vorgaben von

allen politischen Parteien und wirtschaftlichen Kräften beachtet werden.

Auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems ist programmliche Konkurrenz höchst sinnvoll, was wir in der Berichterstattung aus Krisengebieten schätzen. Die beiden Systeme sollten allerdings im Ersten und Zweiten ihr lineares Angebot deutlich verbessern; es gibt zu viel vom Selben. Dazu sei daran erinnert, dass es in den Anfängen des ZDF einmal eine staatsvertragliche Koordinationsverpflichtung zwischen dem Ersten und dem Zweiten gab, die besagte, dass zur gleichen Sendezeit unterschiedliche Genres im Programm bedient werden müssen.

Nach dem „Moma“-Prinzip könnten zudem das Erste und das ZDF in stärkerem Maße kooperieren. Bei der Übertragung von Sportereignissen wechselt man sich inzwischen schon ab. Das könnte auch bei internationalen Großereignissen wie der Beerdigung einer beliebten Monarchin geschehen.

3. Qualitätssicherung im linearen Angebot

Noch haben die linearen Angebote im Fernsehen hohe Bedeutung, wie die jüngste Massenkommunikationsstudie von ARD und ZDF belegt; sie erreichen täglich viele Millionen Zuschauer. Es ist daher falsch, das Lineare kontinuierlich auszudünnen und alles – auch die Finanzmittel – auf online zu setzen. Notwendige Sparmaßnahmen könnten im Bereich der hochpreisigen Sportberichterstattung getroffen werden.

Der Integrationsauftrag des ÖRR lässt sich schwerlich nur online erfüllen, sondern gerade auch im Linearen, das selbst nach Auffassung des ÖRR noch längere Zeit hohe Bedeutung hat. Deshalb ist die vor allem von der ARD unter der Parole Online first angestrebte Ausdünnung des Linearen strategisch falsch und entspricht auch nicht dem Auftrag. Linear und non-linear haben auf absehbare Zeit beide ihre Berechtigung.

4. Erwartungen an das öffentlich-rechtliche Angebot

Der ARD-Zukunftsdialo g hat deutlich gezeigt, dass die Nutzer*innen mehr Information, mehr Hintergrundberichte, Dokumentationen und Erklärungen zu den immer komplexer werdenden Themen unserer Welt und Zeit wünschen. Diese Genres müssen die beiden Hauptfernsehprogramme sehr viel umfangreicher abbilden und damit mehr als bisher zur Meinungsbildung und zum Diskurs beitragen. Und das darf nicht am späten Abend sein, sondern zu deutlich früheren Sendezeiten.

Die Anzahl der Talkshows könnte sicher reduziert werden. Statt immer wieder dieselben Politiker und Journalisten einzuladen, könnte durch Wissenschaftler, Mitglieder von NGOs, Bürgerinnen und Bürger und andere deutlich mehr zum öffentlichen Diskurs beigetragen werden. Mehr konstruktiver Journalismus ist wünschenswert, der nicht nur als kritischer Begleiter agiert, sondern auch Lösungswege aufzeigen und die Menschen dazu ermutigen und aktivieren kann.

Viel Fiktionales, vor allem Krimis, könnten gut in die Mediathek verlegt werden. Es sollten aber vor allem auch kuratierte Dokumentationen mit entsprechenden Suchfunktionen in den Mediatheken auffindbar sein.

5. Kooperation und Kompetenzzentren in der ARD

In der ARD muss in stärkerem Maße kooperiert werden nicht nur in Verwaltungsangelegenheiten. Auch die historisch gewachsene regionale Struktur der Sender und Einrichtungen sollte auf die Zukunftsfähigkeit hin geprüft werden. Die bundesweite Verzahnung von Schwerpunkten und Kompetenzzentren, wie sie Frau Wille vorgeschlagen hat, wäre in hohem Maße Qualitätssichernd. Es ist wenig sinnvoll, wenn jeder Sender seine Wissenschaftsberichterstattung selber bastelt. Kompetenzzentren für medizinisches, ökonomisches, juristisches, naturwissenschaftliches und historisches Fachwissen, das nicht regional gebunden ist, würden sicher der Qualität und Aufbereitung der Themen zugutekommen.

6. Kulturauftrag und Integration neu definieren

Es ist bedauerlich, wie leichtfertig gefordert wird, an den Orchestern und Chören zu sparen. Offensichtlich wird nicht beachtet, dass die öffentlich-rechtlichen Sender in einigen Regionen zu den wichtigsten tragenden Kulturproduzenten zählen, oft in Kooperation mit anderen Kultureinrichtungen. Vor allem aber wird offenbar nicht genügend gesehen, welche kulturellen Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, Extremisten entgegenzuwirken, immer wieder zur Aufklärung und Toleranz beizutragen und auch, um Eingewanderte zu integrieren.

Weitere mehrsprachige Angebote sind dringend nötig, aber die „Sprache“ der Musik versteht man auch intuitiv. Der ÖRR leistet zum Beispiel mit Rundfunkbeiträgen einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Deutschland als Musikland Nr. 1 gilt. Die Ausweitung der Kooperation mit Kultureinrichtungen wie Museen und Theatern wäre wünschenswert in Hinblick auf gemeinsame Projekte ebenso wie mit Blick auf die Weiterentwicklung der Mediatheken hin zu einem gemeinwohlorientierten Netzwerk. In dem Zusammenhang ist auch wünschens-

wert, der bildenden und gestaltenden Kunst mehr Raum zu geben im linearen Angebot wie auch in den Mediatheken.

7. Das Online-Potenzial nutzen: Kooperation mit Bildungseinrichtungen

Medienkompetenzförderung ist in Zeiten problematischer Nutzung sozialer Medien und oligarchischer, willkürlicher Angebotsstrukturen im Bereich der intermediären „Dienste“ dringend nötig. Kompetente Mediennutzung und die Fähigkeit zur unabhängigen Meinungsbildung müssen gefördert werden. Faktenchecks werden immer wichtiger. Es wäre auch sinnvoll, den Kulturauftrag in diesem Sinne neu zu fassen und die Mediatheken als Archiv und Gedächtnis der Gesellschaft auszubauen.

Der ÖRR könnte auch dazu beitragen, das Digitalisierungsdefizit in Deutschland zu reduzieren in Kooperation mit Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Angesichts der Probleme mit den internationalen Plattformen, die sich nur mühsam an europäisches Recht gewöhnen wollen, erscheint es immer plausibler, eine deutsche Plattform anzustreben, auf der auch die politischen Debatten geführt werden könnten.

8. Public Value sichtbar machen

Der ÖRR müsste den Public Value viel sichtbarer machen, zum Beispiel Werbung für seine guten Leistungen für ganze 60 Cent am Tag machen und durch Cross-Promotion auf sein breites Gesamtangebot hinweisen. Immer nur Trailer im Ersten fürs Erste auszustrahlen und dann meist für Krimis, enthält den Zuschauern vor, welche guten Angebote in den anderen Programmen oder in den Mediatheken existieren. Im Eigeninteresse sollten die öffentlich-rechtlichen Sender viel mehr aufklären, wie das duale System funktioniert und welche Leistungen sie selbst für unterschiedliche Zielgruppen erbringen – wie zum Beispiel Funk und Kika.

Das gilt insbesondere auch für das Zusammenspiel der Medien, quasi als vierte Gewalt, mit anderen demokratischen Institutionen.

Die Art, wie im ORF Public Value diskutiert und dargestellt wird, könnte man sich zum Vorbild nehmen. In diesen schwierigen Zeiten wäre es sehr angebracht, nicht nur über die aktuelle Politik zu berichten, sondern ganz grundsätzlich die Demokratie zu stützen, demokratische Prozesse immer wieder zu erklären und über Gewaltenteilung und Informationsfreiheit aufzuklären.

9. Transparenz und Nähe zu den Nutzern

Transparenz auf allen Ebenen zu fordern, gilt schon fast als Mantra, muss aber offensichtlich immer gefordert werden. Zuschauerbefragungen und Dialoge mit den Nutzerinnen und Nutzern sollten in regelmäßigen Abständen stattfinden und ausgewertet werden. Nicht nur die Ergebnisse sollten publiziert werden, sondern auch geplante Veränderungen und Reaktionen auf Publikumswünsche.

Besonders wichtig erscheint uns aber auch, den Nutzerinnen und Nutzern Gelegenheit zu geben auf Einblick in die Arbeit – auch im medienpädagogischen Sinn. Viel mehr Publikumskontakt in Sendungen vor Ort wäre sinnvoll und könnte auch zur Erdung der Verantwortlichen beitragen. Und schließlich könnten auch die Rundfunkkräfte vermehrt Publikumskontakte suchen, zum Beispiel zu Gesprächsrunden einladen, um in der Öffentlichkeit ihre Arbeit sichtbar werden zu lassen und das Gespür für die Meinungen und Wünsche des Publikums zu schärfen.

10. Mitbestimmung der Redakteure als Vielfaltsgarantie

Nicht in jeder öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt gibt es Redaktionsstatuten, und die bestehenden Statuten sind in ihren Formulierungen nicht mehr zeitgemäß. Der Programmauftrag wird grundsätzlich durch die berufliche Qualifikation der journalistischen Mitarbeiter erfüllt. Zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit muss auch für die Online-Medien sichergestellt sein, dass die Programmverantwortung bei den journalistischen Mitarbeitern liegt.

Viele organisatorische und strukturelle Veränderungen haben dazu geführt, dass es oft keine eindeutigen Zuordnungen mehr gibt. Die Gesamtverantwortung der Intendantinnen und Intendanten kann das nicht für eine Institution leisten, die Medium und Faktor des Prozesses freier Meinungsbildung ist und damit Sache der Allgemeinheit. Bisher sind die Intendantinnen und

Intendanten allein rechtlich Vertreter und Inhaber der Rundfunkfreiheit. Das muss überdacht werden.

11. Abkehr von der Intendantenverfassung

Die historisch gewachsene Intendantenverfassung muss infrage gestellt werden. Als die ersten Sendeanstalten mit einem Radioprogramm herauskamen, war die Analogie zum Theaterintendanten passend. Heute wird die Fiktion der Verantwortlichkeit für alles zum Problem. Im Bereich der Hochschulen hat die Überführung der alten Verfassung, die auf der Leitungsebene nur einen Rektor und dessen Stellvertreter vorsah, in eine Rektorats- oder Präsidialverfassung mit Vizepräsidenten und Fachprorektoren überhaupt erst ein effektives Hochschulmanagement möglich gemacht. Auch für die Leitung von Sendeanstalten empfiehlt sich eine Teamstruktur mit Verantwortlichkeiten für die unterschiedlichen Ressorts und gemeinsamer Beschlussfassung ähnlich einem Vorstand eines privaten oder gemeinnützigen Unternehmens.

12. Institutionalisierung und Professionalisierung der GVK und Stärkung der Kontrollgremien

Die Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD ist nach der ARD-Satzung nur beratend tätig. Der Programmchefin des ersten Programms steht damit keine wirksame Gremienkontrolle gegenüber. Das muss sich ändern. Ähnlich wie bei den Rundfunkräten und den Verwaltungsräten braucht die GVK klare Regelungen für ihre Aufgaben und Befugnisse. Auch ein Etat muss vorgesehen werden, damit professionelle Beratung in Anspruch genommen werden kann. Über die Zusammensetzung der Kontrollgremien sollte neu nachgedacht werden.

Wünschenswert wäre es, wenn im ZDF die Anzahl der Mandate aus der Politik reduziert würde. Die derzeitige Zusammensetzung entspricht zwar gerade den Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht gezogen hat, aber eine klare Trennung von Exekutive und Berichterstattung wäre sinnvoll. ■

■ NOTIERT

■ „Gruner+Jahr hat nicht mit der nötigen Konsequenz auf Bezahl-inhalte im Netz gesetzt. Vor zehn Jahren hieß es immer, das schaffen nur englischsprachige Marken wie die 'New York Times'. Inzwischen haben auch deutsche Verlage bewiesen, dass man damit gutes Geld verdienen kann. Wir hätten mit dem 'Stern' ausgezeichnete Startbedingungen gehabt. Die haben wir nicht genutzt, das war ein strategischer Fehler. Das werden wir jetzt ändern und massiv in den Ausbau von Digital Paid Content investieren.“ - *Thomas Rabe im „Spiegel“*.

■ „Die Verunsicherung hat sich Bertelsmann selber zuzuschreiben. Und sie ist noch nicht vorüber. Der angekündigte Stellenabbau von zunächst 500 klingt auf den ersten Blick, als träfe es 'nur' 500 Menschen. Es sind mehr - nämlich all jene Teilzeitkräfte, die sich Stellen geteilt haben. Und von einer Bestandsgarantie für jene Blätter, die nicht direkt in die RTL News GmbH überführt werden, sondern bei Gruner + Jahr und in Tochterunternehmen verbleiben, ist auch nicht auszugehen. 'Schöner Wohnen' oder 'Häuser' sind jetzt erst einmal aus der Kampfzone geschoben, aber wer weiß...“ - *Peter-Matthias Gaede im „Tagesspiegel“*.

■ „Die Ökonomie der Medien verändert sich rasant. Ehemals sichere Erlösströme versiegen. Die Kosten für Papier und Energie gehen durch die Decke. Die digitalen Strategien fangen noch längst nicht so, wie sie es müssten. Und die rein digitale Konkurrenz muss sich nicht mit den Lasten des analogen Geschäfts herumschlagen. Erfolgsgeschichten aus der Medienbranche sind derzeit

rar. Steigende Kosten und schrumpfende Margen führen dazu, dass betriebswirtschaftliche Erwägungen weit in den Vordergrund treten. Auch die Begründungen der jüngsten Entscheidungen von RTL folgen dieser Logik. Dabei gerät aus dem Blick, dass es sich bei journalistischen Medien nicht um x-beliebige Waren handelt, sondern um Güter, die neben ihrem wirtschaftlichen auch einen so bedeutenden gesellschaftlichen und demokratischen Wert besitzen, dass es gilt, ihre Verfügbarkeit unabhängig von ihren Gewinnaussichten zu sichern.“ - *Carsten Brosda bei „Spiegel Online“*.

■ „Die Länder sind dafür verantwortlich, wie teuer dieser Rundfunk ist. (...) Denn der Rundfunk muss, sagt Karlsruhe, so finanziert sein, dass er seinen Auftrag erfüllen kann. Diesen Auftrag (...) bestimmt niemand anderer als die Länder. Sie könnten ihn radikal verkleinern, Sender streichen, Strukturen aufbrechen. Aber sie tun es nicht, seit Jahren. Und sie beklagen sich deshalb über eine von ihnen ganz allein selber verursachte Höhe des Beitrags, als sei jemand anderer schuld.“ - *Claudia Tieschky in der „Süddeutschen Zeitung“*.

■ „'Social-Media-Spreizungen', 'Vernetzungsplattform', 'relevantester Streaminganbieter des Landes': Das ARD-Leitungsteam überschlug sich bei der Pressekonferenz förmlich in digitalen Heilsversprechen - eine Performance, die wohl auch die Politik beruhigen soll. Denn erst vor drei Wochen hatte die einflussreiche Rundfunkkommission der Länder gefordert, die öffentlich-rechtlichen Sender sollten sich im Digitalen zu einer großen Plattform zusammenschließen, auf der das Publikum zudem miteinander und

mit den Betreibern kommunizieren kann. Das war eine Anweisung, die explizit an ARD und ZDF zusammen gerichtet war - die von der ARD aber nun auf der Pressekonferenz ebenso explizit ignoriert wurde. Denn die von den Ländern geforderte Kooperation zwischen den beiden Senderverbänden hatte keinen Platz im Streaming-Rausch in Hannover.“ - *Christian Buß auf „spiegel.de“*.

■ „Das Verhältnis von Kunstschaffenden zu Rezensenten ist naturgemäß nicht immer ungetrübt. Gerade in der FAZ ist man neuen Strömungen und Entwicklungen in der Kunst gegenüber bisweilen weniger aufgeschlossen. Wiebke Hüster bewertet Tanzabende kenntnisreich und meinungsstark, aber auch gern polemisch und scharf im Ton. Goeckes Angriff fällt in eine Zeit, in der die Theater ohnehin mit Veränderungen von Strukturen und Machtmechanismen zu tun haben. Zudem müssen die Kunstschaffenden ihr Publikum nach der Pandemie zurückgewinnen. Vielerorts gelingt das, zugleich werden die von Krisen geschüttelten Haushaltslagen schwieriger. Die Nervosität nimmt zu. Die Hamburger Schauspielhaus-Intendantin Karin Beier hatte die Kritik in einem Radio-Interview vor einiger Zeit als 'Scheiße am Ärmel der Kunst' bezeichnet.“ - *Joachim Mischke und Annette Stiebele im „Hamburger Abendblatt“*.

■ „Die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Medien gehören untrennbar zusammen. Wer künstlerisch in der Öffentlichkeit wirkt, muss mit Kritik umgehen können. Wer das nicht kann, beschädigt auch die Grundlage des eigenen Arbeitens nachhaltig.“ - *Carsten Brosda im „Hamburger Abendblatt“*.